



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906

204 (3.5.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-419737](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-419737)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Lesenliste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Bürgenburgerstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.

Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholztstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eingelohn 20 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.42 pro Quartal.
Eingel.-Nummer 6 Pf.

Inserate:

Die Colonie-Seite . . . 20 Pf.
Kurzweilige Inserate . . . 25
Die Reklame-Seite . . . 60

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefonnummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Ein-
nahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition 918

Nr. 264.

Donnerstag, 3. Mai 1906.

(Abendblatt.)

Die Erziehung in Darmstadt und der Zusammenschluß der Liberalen.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 2. Mai.

Zwischen den liberalen Parteigruppen, von den National-Liberalen bis zu den Demokraten, hat sich in letzter Zeit allerorts im Reich eine fortschreitende Annäherung vollzogen. In Süddeutschland ist man mit entschlossenen Taten vorangegangen, der Nordosten will nachfolgen, auch in Mitteldeutschland regen sich ähnliche Bestrebungen. Dieser hoffnungsvollen Entwicklung droht eine ernste Gefahr durch die Stichwahl, die am Freitag endgültig über das Mandat des gemäßigten „Hofgänger“-Cramer entscheiden soll. Der ganze, doktrinaire Unverstand, der der Sache des Liberalismus schon so unendlichen Schaden zugefügt hat, lebt in den Haarpalereien wieder auf, womit das freisinnig-nationalsozialistische Komitee seine Entscheidung zugunsten des Sozialdemokraten begründet. Wenn die Nationalsozialisten und die mit ihnen verbündeten Freisinnigen, trotz aller Mißerfolge, heute noch nicht begriffen haben, daß es sich bei den Wahlen um Machtfragen handelt und nicht um juristisch-moralisch-philosophische Untersuchungen über das gute und böse Prinzip — dann hat der Liberalismus von dieser Seite wohl überhaupt nichts mehr zu hoffen.

Keine Partei geht so konsequent und rücksichtslos auf die Eroberung des größtmöglichen Anteils an der politischen Macht aus, wie die Sozialdemokratie. Auf Kosten des in sich gespaltenen Liberalismus ist ihr bisher die Ausbreitung ihres Einflusses zumeist gelungen. Endlich beginnen die verschiedenen liberalen Richtungen, durch schweren Schaden klug gemacht, einzusehen, daß sie diesem Ansturm nur mehr mit vereinten Kräften gewachsen sind. Und ausgerechnet den Zeitpunkt dieser erfreulichen Selbstwehr bei allen liberalen Gruppen halten liberale Männer für geeignet, die bedrohlich wachsende Macht der Sozialdemokratie stärken und den möglichen Machtzuwachs einer der bedrohten liberalen Parteien verhindern zu helfen! Leicht ist ihnen der Entschluß anscheinend nicht geworden, denn nur zu deutlich machen sich in der langatmigen Wahlparole, die sie ausgegeben haben, zwei Seelen föhrlbar. Mit der peinlichen Sorgfalt eines Richters, der über Leben und Tod zu entscheiden hat, wägen sie Vorzüge und Nachteile der beiden Kandidaten gegen einander ab. Persönlich — daraus machen sie kein Hehl — wäre ihnen der Nationalliberale lieber — aber die Sozialdemokratie ist nun einmal ihre ältere Liebe, und auf die kommt der Mensch, nach einem Sprichwort der in Viebsdingen bewanderten Franzosen, immer wieder zurück. Für ihre ältere Liebe entscheiden sich denn auch, wohl hauptsächlich vorwärts getrieben von den Nationalsozialisten, die Freisinnigen und Demokraten in Darmstadt-Groß-Gerau, und sie sind so freundlich zu hoffen, diese Entscheidung gegen den bürgerlichen Liberalismus werde auf die Nationalliberalen erzieherisch wirken.

Das ist vielleicht der unglücklichste Passus in dieser unglücklichen Wahlparole. Mit dem gleichfalls doktrinaire Vorurteil, daß die kleinste liberalen Gruppen den Beruf hätten, die größte Gruppe erst für die Einigung zu erziehen, fördert man von dieser

Einigung nur das Gegenteil. Die Frage liegt nämlich klar und einfach so: entweder die Freisinnig-Nationalsozialisten wollen die Nationalliberalen nicht mit in ihrer liberalen Einigung haben, dann brauchen sie sich um deren Erziehung nicht zu bemühen und sollen sich in Soitesnamen der Sozialdemokratie in die Bruderarme werfen. Oder aber sie haben eingesehen, daß ein liberaler Zusammenschluß ohne die stärkste liberale Partei aussichtslos ist und daß die Nationalliberalen mit dazu gehören: dann muß ihre vornehmste Sorge sein, bei der Entscheidung einer reinen Machtfrage, wie es jede Wahl nun einmal ist, ihren Einfluß in die Schale des bürgerlichen Liberalismus zu werfen und jeden Machtzuwachs seiner Gegner zu verhindern. Dabei bleibt es ihnen unbenommen, daß sie an den Nationalliberalen manches auszusetzen haben. Vielleicht verraten wir den Herren kein Geheimnis, wenn wir sie versichern, daß auch uns an der national-liberalen Partei im Ganzen manches mißfällt. Wir nehmen uns ja auch mitunter die Freiheit, das offen auszusprechen. Aber auf den Einfall sind wir noch nie geraten, daß man als Liberaler, um die Mängel des Nationalliberalismus abzustellen, vor allem den Ansturm der sozialdemokratischen Hochflut müsse verstärken helfen! Gewiß haben die Siege der Sozialdemokratie auf alle Liberalen erzieherisch gewirkt, aber sich gerade an dieser Art von Erziehung zu beteiligen, kann doch nicht wohl Sache von Liberalen sein!

Auf dem Wege der Darmstädter Wahlparole also fördert man den liberalen Zusammenschluß nicht, sondern man demt ihn, und da der Zusammenschluß doch nun einmal im Werden war, so ist diese hemmende Wahlparole ein schwerer Mißgriff. Wer den Zusammenschluß will — und jeder Liberale muß ihn wollen, der nicht auf politischen Selbstmord ausgeht — der muß ihn zur Hauptfrage machen und sich vorerkennen, erst im Rahmen des Zusammenschlusses auf die anderen Richtungen einzuwirken, im Sinne einer Revision ihrer bisherigen Haltung. Denn Zusammenschluß ist etwas, was sich in Taten vollziehen muß, ehe es in Worten kundgegeben werden kann. Nachdem er sich in einer Reihe von Taten verheißungsvoll angekündigt hat, fordert die Darmstädter Wahlparole zu einer Tat der Zwitterart und der Entfremdung auf, zum Gaudium aller Gegner des bürgerlichen Liberalismus. Der hat den Schaden weg, aber mit der „Vossischen Zeitung“, die die Sachlage klar erkannt hat, muß man doch hoffen, daß möglichst wenig liberale Wähler einer Parole folgen, die das Bürgertum an seinen erbittertesten Gegner verrät.

Deutsches Reich.

* Hagen, 2. Mai. (Zur Reichstagswahl) verbreiten die Sozialdemokraten ein Flugblatt, das von Schmähungen Eugen Richters frogt. Es heißt von dem Vereimten, daß er „längst zum Volksfeind, zum schlimmsten Reaktionär herabgesunken war“ und „mit allen Mitteln der Niedertracht und Verleumdung“ gekämpft habe. Das Flugblatt schließt mit ähnlichen Verleumdungen des „rotfölligen Mänschstermannes“ Eugen Richter mit dem Satz: „Jetzt gilt es einen würdigeren Vertreter unseres Wahlkreises in den Reichstag zu entsenden“.

* Berlin, 2. Mai. (Aus den Reichstagskommissionen.) Der Bericht der Steuerkommission über die Zigarettensteuer ist nun fertiggestellt und verteilt worden. Der Bericht der Rechnungs-kommission betr. die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1904 ist dem Reichstage zugegangen.

(Das Militärpensionswesen.) Entgegen anders lautenden Meldungen will der „Lokalanzeiger“ von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß in dem maßgebenden Reichstagskreise die feste Absicht besteht, die Neuordnung des Militärpensionswesens unter allen Umständen noch vor der Sommervertagung im Reichstag zu verabschieden.

(Im Seniorenkonvent des preussischen Abgeordnetenhauses) denkt man sich, daß die zweite Lesung des Schulunterhaltungsgesetzes vom 20. bis 30. Mai stattfindet. Dann soll nach einer Woche Pfingstferien die dritte Lesung stattfinden, und dann würde die Session am 2. Juni bis zum Herbst vertagt werden, denn an eine Erledigung des Gesetzes in beiden Häusern ist vor dem Herbst nicht zu denken.

(Die Fraktionen der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung) des preussischen Abgeordnetenhauses haben beschlossen, eine Interpellation wegen der nachträglich bekannt gewordenen Ursachen der Staatsüberschreitungen beim Renovationbau des königl. Schauspielhauses in Berlin einzubringen.

(Die amtliche Enquete wegen der Heimarbeit) ist bereits begonnen worden. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, bereisen drei hohe Beamte vom Reichsamt des Innern gegenwärtig in Begleitung des Regierungsdirektors von Scharpff-Stuttgart einige Bezirke Württembergs, um die Verhältnisse der Heimarbeit und Hausgewerbetreibenden zu studieren; die Kommission befindet sich zur Zeit in Tuttlingen.

(Zentrum und Reichskolonialamt.) Wie die „N. v. G.“ von maßgebender Seite erfahren haben will, geht die Annahme des Reichskolonialamtes in der dritten Lesung als gesichert, da das Zentrum beschlossen habe, der Reichsregierung weitere Schwierigkeiten nicht zu machen. — Die Nachricht ist mit äußerster Vorsicht aufzunehmen und jedenfalls darf man sich durch sie nicht in Sicherheit wiegen lassen. Es wäre ganz und gar nicht Zentrumskart, schon jetzt den Schleier zu lüften.

(Der preussische Minister des Innern) empfing gestern eine Abordnung der „Alliance israelite“ und erklärte, daß er bei der Ausweisung der russischen Juden humane Rücksicht wolle lassen. Es handle sich dabei um etwa 5500 Personen, die seit 1904 in Berlin sich neu angesiedelt haben. Von unmittelbarer Ausweisung sollen nur mittel- und ausweisklose, sowie politisch verdächtige Personen betroffen werden; die Zahl derselben betrage etwa 700. Bezüglich der übrigen sei bis jetzt keine Ausweisung verfügt worden; es werde den Betreffenden nur mitgeteilt werden, daß sie auf die Erlaubnis dauernder Niederlassung hier nicht rechnen dürfen

Tagesneuigkeiten.

— Geschichten von Mark Twain. Immer wieder tauchen in amerikanischen Blättern neue Geschichten von Mark Twain auf und schier unerschöpflich ist der Humor und die gute Laune dieses Schriftstellers, die nicht nur in der langen Reihe seiner Schriften aufgespeichert liegen, sondern auch sich in fortwährenden humoristischen Episoden seines Lebens äußern. Dabei ist auch seine Komik von einem melancholischen Unterton begleitet. „Ihr Presse-menschen meint, ich sei immer lustig“, so sagte er zu einem Inter-
viuier in seinem gedehnten näselnden Sprechton. „Aber in Wirklichkeit möchte ich manchmal lieber schluchzen, denn auch ich habe meine Sorgen in diesem Tal der Tränen gehabt.“ Eigentlich hätte er gar keinen besonderen Sinn für Humor gehabt, meinte er, und daß er humoristische Bücher geschrieben habe, sei reiner Zufall, und ohne diesen Zufall hätte er ebenso gut Tragödien schreiben können. Der „Zufall“, der ihn zur Schriftstellerei drängte, war die bitterste Not und der Mangel an jedem Existenzmittel. Er fandte ein paar kleine Erzählungen an den Herausgeber einer Zeitung und fragte an, ob das etwas wäre, was er brauchen könne. „Rein“, schrieb der Herausgeber zurück, „wir brauchen solche Sachen wie dieses“, und mit dem Brief zusammen kam eine Geschichte von Washington Irving an. Mark Twain aber konnte nicht so „wie dieses“ schreiben, sondern er ging seinen ureigenen Weg weiter durch die Wechselfälle des Lebens. In dieser Zeit der Not mußte er fortwährend seine Wohnung wechseln, weil er nirgends Miete bezahlen konnte. Eines Tages begegnete ihm ein Freund, und da er sah, daß Mark eine Zigarrenkiste unter dem Arme trug, fragte er ihn, wo er mit den Zigarren hinwolle. „Ach, ich ziehe nur um“, stieß der Humorist gedehnt zwischen den Zähnen hervor. Einige Jahre später hielt er eine humoristische Vorlesung, und am Ende kam der Redakteur eines Lokalblattes zu ihm, stellte sich dicht vor ihn hin und starrte ihn an. „Sind Sie der richtige Mark Twain?“ fragte er. „Freilich, warum denn nicht?“ war

die Antwort. „Sie sind also der Mann“, fuhr der andere fort, „von dem die Zeitungen immer sagen, er sei der humorvollste Mann in Amerika, der amüsanteste Sprecher, der größte Erzähler und der wichtigste Kopf?“ „Ich denke, ja.“ „Nun wohl“, sagte der Rebal-
tent, „dann dürfen Sie wirklich nicht alles glauben, was die Zeitungen sagen.“ Mark Twain erklärte selbst für den humor-
vollsten Menschen, den er kennt, den Dichter Thomas Bailey Aldrich, der ebenfalls durch komische Erzählungen sich eine hohe Beliebtheit in Amerika errungen hat, dessen Name aber nicht so über die ganze Welt verbreitungen ist. „Aldrich ist kein armer Mann“, erzählt Mr. Clemens, „obwohl er Dichter ist; der Begriff, den man von einem Dichter hat, scheint eng mit der Vorstellung von Armut verknüpft zu sein. Als mein Freund einmal nach Amerika zurückkehrte, konnte er nicht den Schlüssel zu seinem Koffer, seinem einzigen Koffer, finden. Die Zollbeamten wurden darauf angewiesen und hielten ihn für einen „Verdächtigen“. Sie gaben ihm eine Stunde Zeit, den Schlüssel zu finden, aber als er auch dann nicht da war, wurde der Koffer gewaltsam erbrochen und gerade in dem Moment fand natürlich Aldrich den Schlüssel. Obenau über dem andern ziemlich magern Inhalt des Koffers lag ein Bündel, in Zeitungspapier eingewickelt. Die Zollbeamten wollten es aufmachen, aber Aldrich sagte: „Verwenden Sie nicht erst ihre Zeit, das ist nur das Manuskript meines eigenen Gehichtbandes.“ „Aber warum haben Sie denn das nicht gleich gesagt, daß Sie nur ein Dichter sind?“ rief der Zollbeamte entrüstet aus. „Dann warf er das Bündel in den Koffer und schlug den Deckel zu.“ — „Ich weiß ein gutes Mittel, Leute, die aufschneiden, zum Stillschweigen zu bringen“, erzählte Mark Twain ein andermal. „Fuhr ich einst mit einem Manne auf demselben Schiff, der mir mitten auf dem Ozean erklärte, er höre noch den Schrei seiner Frau. „Wissen Sie“, sagte ich, „ich höre auch so einen klingenden Ton, aber das ist eine Mücke, die um die Kuppel von St. Paul fliegt. Sie werden das verwechseln.“ Und als der Mann darauf stille war, erzählte ich ihm gleich die Geschichte von meinem Arbeiter, der eine Dynamitbombe zur Explosion fertig

machte und von ihr hoch in die Luft geschleudert wurde. Ich sah ihm nach, wie er in die Höhe flog, bis er mir aus den Augen schwand. Dann ging ich mir einen andern Arbeiter besorgen und suchte zwei Tage lang, aber ich konnte keinen finden. Da ging ich an dieselbe Stelle zurück und da — sah ich einen schwarzen Fleck an dem Himmel. Er wurde immer größer, ich erkannte bald meinen Arbeiter, der wieder herunterflog. Er sank tiefer und tiefer, bis er auf demselben Punkt wieder ankam, und fing sofort an, eine neue Dynamitbombe anzulegen.“

M. Sch. Aus einer alten päpstlichen Chronik. Friedrich II., genannt der Weise, jüngerer Sohn von Philipp, folgte 1244 seinem Bruder Ludwig dem Friedfertigen. Er war seit seiner Jugend am Hofe Karl V. und begleitete ihn auf seinen Reisen. Er leistete diesem Fürsten große Dienste in Deutschland und erhielt hierfür Beweise der Anerkennung und Verehrung. Karl V. gab ihm die Kurfürstenwürde und fügte seinem Wappen den Reichsapfel bei, sowohl für ihn als auch für seine Nachfolger. In der Folge fiel er jedoch beim Kaiser in Ungnade, weil er sich mit dem Herzog in Württemberg in eine Allianz gegen Karl V. einließ. — Derselbe berubigte sich alsdann, als Friedrich die Glaubensverordnung (Interim) annahm, welche vorläufig in Deutschland den Stand der Religion festsetzte. — Der Kurfürst behandelte indessen mit einer großen Vorliebe die Protestanten in seinen Ländern und Otto Heinrich sein Neffe und Nachfolger nahm ganz offen das lutherische Bekenntnis an. Friedrich II. starb 1254. — Seine zwei Söhne: Otto Heinrich und Philipp der Kriegerische, hatten keine Kinder hinterlassen, der alte kurfürstliche Zweig erlosch 1557 und die Kurfürstliche Würde ging auf den Simeiserischen Stamm über.

— Kopffäger auf Formosa. Von den Eingeborenen in dem unwirtlichen Inneren der Insel Formosa, das von Europäern kaum je betreten wurde, erzählt der Engländer Norman Shaw, der erst vor kurzem eine tollkühne Reise in dieses Gebiet unternommen hat, Die Stämme, die mit den Dajaks auf Borneo blutsverwandt sind, üben wie diese den schrecklichen Brauch der Kopffäger. Vor einiger Zeit überfielen sie Talpeh, die Hauptstadt Formosas, unerwartet

und daß sie sich deshalb vorbereiten müssen, das Staatsgebiet wieder zu verlassen; eine bestimmte Frist werde ihnen jedoch nicht gestellt. Wegen der aus Rußland vor dem Jahr 1904 hier angeforderten Personen soll es bei der bisherigen Praxis bleiben, falls die Betroffenen sich nicht lästig machen.

— (Anlässlich des Todes des Prinzen Heinrich VII. Reuß j. R.,) des früheren deutschen Votchschafters in Wien, erinnert die „Nationalzeitung“ daran, daß Prinz Heinrich in inniger Freundschaft mit dem Fürsten Bismarck verbunden war, der seinerzeit auch die Ernennung des Prinzen zum Votchschafters in Wien befürwortet hatte. Diese Freundschaft blieb auch bestehen, als Fürst Bismarck aus seinem Amte geschieden war. Als Fürst Bismarck im Juni 1892 zu der Vermählungsfeierlichkeit seines ältesten Sohnes Herbert mit der Gräfin Hohenlohe nach Wien begab, hatte bekanntlich der damalige Reichskanzler Graf von Caprivi eine allgemeine Order an die Votchschaftler erlassen, daß Fürst Bismarck in seiner amtlichen Stellung mehr befinde und deshalb auch nicht zu empfangen sei. Votchschaftler Prinz Reuß respektierte dieses Verbot, seine Gemahlin aber, die zu den glühendsten Verehrern des Altreichskanzlers gehörte, beteiligte sich in hervorragender Weise an der Ovation. Prinz Heinrich schied bald darauf aus seinem Amt und nahm seinen Wohnsitz auf dem stillen märkischen Gut.

— (Bubde's Nachfolger.) Nach der „N. G. R.“ bezeichnet man jetzt den Landrat des Kreises Teltow von Studenzauch, als diejenige Persönlichkeit, die die meiste Aussicht habe, das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten zu erhalten. Neben ihm nennt man neuerdings auch wieder den Inspektur der Bekehrtruppen Generalleutnant von Merxleben und H. „Kotalsky“, den Kölner Eisenbahndirektionspräsidenten Wettenbach.

* Breslau, 2. Mai. (Die abgehauene Hand.) Die Geschichte von der bei den Kravallen in Breslau dem angeblich an den Demonstrationen ganz unbeteiligten Bierkeller Wiewald, der schließlich in seiner Wohnung die Treppe hinaufgegangen sei, von einem Schuttmann abgehauenen Hand soll sozialdemokratische Erfindung sein. Nach der „Schlesischen Morgenzeitung“ war auf Grund genauer Untersuchung festgestellt worden, daß der Schuttmann 145, der, wie das Breslauer sozialdemokratische Blatt behauptete, Wiewald die Hand abgeschlagen haben sollte, gar nicht im Augenblicke beschäftigt war, sondern während des Kravalls im Bureau gefessen hat. Ferner sei Wiewald nicht die Hand abgehauen sondern zerhauen worden, und zwar von einem berittenen Schuttmann aus dem Grunde, weil Wiewald dem Pferde in die Fügel gefallen sei. Die Hand sei schließlich im Hospital abgenommen worden. Jedenfalls bedarf die Sache noch der Klärung.

Hausland.

* Italien. (Der Weltpostkongress) hat die 2 Sous-Taxe für den internationalen Postbriefverkehr abgelehnt.

* Spanien. Die Hochzeit des Königs Alfonso. Die Hochzeit des jungen spanischen Königs wird am 31. Mai eine ungewöhnlich große Anzahl vornehmer Gäste in Madrid versammeln. Aus England werden der Prinz und die Prinzessin von Wales erscheinen. Prinz Albrecht von Preußen vertritt, wie bekannt, Deutschland, Rußland entsendet den Großfürsten Michael. Oesterreich wird durch den Erzherzog Franz Ferdinand vertreten, und Italien durch den Herzog von Genoa, den Vetter des Königs von Italien. Portugal schickt den Kronprinzen Ludwig und Belgien den Prinzen Albert von Flandern, den Neffen des Königs. Aus Schweden erscheint der Kronprinz Gustav und aus Griechenland der Kronprinz Konstantin mit seiner Gemahlin. Frankreich wird durch General Dubois und Amerika durch Leutnant Grant, den Adjutanten des Präsidenten, vertreten. China hat dem chinesischen Votchschaftler in London Befehl erteilt, der Hochzeit beizuwohnen. Selbst Marokko entsendet drei hohe Würdenträger, und aus Argentinien wird eine besondere Gesandtschaft erwartet. Von anderen Mitgliedern königlicher Häuser sind zu erwähnen: die Prinzen Alexander, Leopold und Moritz von Battenberg — die Brüder der Prinzessin Ana —, der Erzherzog Eugen, der Bruder der Königin-Mutter von Spanien; Prinz Alexander von Tschernbom, Prinzessin Alice von Großbritannien, Tochter des Herzogs von Albany, die Großfürstin Maria von Rußland und der Herzog von Edinburgh.

in der Stille der Nacht und schonten bei ihrer Jagd auf Rösse auch die Greise, Frauen und Kinder nicht. Gewöhnlich beschränken sie sich aber darauf, Chinesen und Chinesinnen beim Plündern der Reisfelder zu beschleichen. Eine systematische Kriegsführung gegen sie können die Japaner nicht durchführen, da auch ein Heer von 100 000 Mann in den dichten Dschungeln und Urwäldern, in denen sie wohnen, sich völlig verlieren würde. Sie suchen den wilden Eingeborenen daher friedlich näher zu kommen, mit ihnen Tauschhandel zu treiben und sie allmählich an mildere Stätten zu gewöhnen.

— Der älteste Mann der Welt soll nach der Mitteilung eines englischen Blattes ein alter Bushman der Kapkolonie mit Namen Sturman sein. Sein Alter wird auf 140 Jahre geschätzt, jedenfalls ist es Tatsache, daß er vor 65 Jahren schon ein hochbetagter Mann war und daß sein Sohn, der heute noch lebt, fast hundert Jahre alt ist. Er ist einer von den wenigen eingeborenen Bushmännern, die heute noch leben, und spricht noch von der Zeit, da sich noch kein europäischer Einfluß in dem Lande geltend machte. Er glaubt immer noch, daß das Land um seine notwendigste ausgerüstete Hütte nur ihm gehöre und hält sich für den Herrscher der ganzen Umgegend. Er ist noch im vollen Besitz seiner Fähigkeiten und hat ein prächtiges Gebiß mit leuchtend weißen Zähnen, die noch immer ihren Dienst tun, obwohl sie seit 1 1/2 Jahrhunderten manchen harten Witten haben zerkauen müssen.

— Ein arabischer Massenmörder. Aus Tanger wird der Londoner „Daily Mail“ telegraphiert, daß in Marakesch ein arabischer Schiffschiff überführt wurde, 86 Frauen ermordezt und beraubt zu haben. In seinem Laden und in seinem Garten wurden viele 36 Beiden gefunden, worauf er mit seiner Frau verhaftet wurde. Er soll am nächsten Donnerstag auf dem Marktplatz geteilt werden. Das Kreuz ist bereits errichtet worden. Diese Art der Hinrichtung ist seit Menschengedenken in Marakesch nicht mehr angewendet worden.

— Die Königin Edward allwissend erscheint. Die glücklichen Leute, die den Königen und besonders dem König Edward vorgestellt werden, sind oft erstaunt und erstarrt darüber, daß der Monarch sich über bestimmte und selbst intime Geschäfte aus

Badische Politik.

* Mannheim, 3. Mai. Die Bürgerauswahlwahl in Heidenheim brachte der Sozialdemokratie gestern in der Klasse der Niebersteuerer einen Sieg über den Bürgerverein. Die sog.-dem. Liste erhielt lt. „Vollst.“ 316 bis 230, die des letzteren 85 bis 89 Stimmen. Von 501 Wahlberechtigten stimmten rund 200 ab.

Heßische Politik.

* Groß-Gerau, 2. Mai. (Zur Reichstagswahl.) Gestern fand hier eine Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei statt, wozu auch der Parteivorstand der vereinigten Liberalen in Groß-Gerau auf besondere Einladung erschienen war, um über das Zusammengehen in der Stichwahl für den Kandidaten Hrn. Dr. Stein zu beraten. Nach eingehenden Erörterungen unter Erklärungen des Hrn. Dr. Stein ist man sich schließlich darüber einig geworden, daß der Parteivorstand der vereinigten Liberalen für die Kandidatur Stein hier in Groß-Gerau einzutreten wird, nachdem alle anwesenden nationalliberalen Parteigänger und Mitglieder der anderen mit ihnen vereinigten Parteien erklärten, in einer Stichwahl, in welcher eventl. der Kandidat der vereinigten Liberalen im Jahre 1908 gelangt, selbstverständlich geschlossen für diesen zu stimmen und sich nicht etwa der Abstimmung zu enthalten. — Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die vereinigten Liberalen im ganzen Wahlkreis zu dem Vorgehen ihrer Parteiangehörigen in Groß-Gerau bekehrten. — Siehe auch Leitartikel!

Der neue badische Schulgesetzentwurf.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

IV.

Handarbeits- und Haushaltungs-Lehrerinnen.

Die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene neue Fassung des § 47 vereinigt in sich jetzt alle die Einkommensverhältnisse der Lehrerinnen für Unterricht in weiblichen Handarbeiten und für Haushaltungskunde betreffenden Bestimmungen und gibt den Gehaltsbezügen und Vergütungen eine neue Gestaltung. In § 47 I wird die Minimalvergütung für die nach § 35 G.-U.-G. im vertragmäßigen Dienstverhältnis von den Gemeinden angestellten Lehrerinnen etwas erhöht, und zwar von 20 M. auf 30 M. pro Jahr und Wochenlunde, wenn der Unterricht während des ganzen Jahres erteilt wird, und von 12 M. auf 20 M., wenn er während der Sommermonate ausfällt. — Die Erhöhung wurde in der Kommission mit großer Mehrheit bewilligt.

§ 47 II normiert die Mindestvergütung für Lehrerinnen, die in der Stellung nichtetatmäßiger Beamten verwendet werden. Nach § 36 G.-U.-G. sind dies Lehrerinnen, die ihre Befähigung zur Erteilung des Unterrichtes in einer besonderen Prüfung erwiesen haben und ihre ganze Zeit und Kraft dem Unterricht widmen. Das Mindesteinkommen ist die in § 44 des G.-U.-G. festgesetzte Anfangsvergütung für Unterlehrerinnen, 900 M., sowie Wohnung oder Mietzinsentschädigung wie für Elementarlehrerinnen.

Nach § 47 III kann mit Zustimmung der Gemeinde und nach Anhörung der Ortschulbehörde eine solche Lehrerin nach einer bestimmten Dienstzeit auf Grund des § 36 G.-U.-G. auch in etatmäßiger Eigenschaft angestellt werden, jedoch nur auf Hauptlehrerstellen, die über die gesetzliche Zahl hinaus errichtet sind. Der Gehalt war bis jetzt mangels besonderer gesetzlicher Regelung der einer Hauptlehrerin 1250 M. (1100 M.+150 M. Dienstzulage) bis 1650 M. (1500 M.+150 M. Dienstzulage) und wurde der Höchstgehalt in 8 etatmäßigen Dienstjahren erreicht. Dazu Mietzinsentschädigung in der Höhe des Wohnungsgeldes für die Beamten der Abteilung G (je nach Ortsklasse 230—400 M.)

Von der im Gesetz gegebenen Möglichkeit, solche Lehrerinnen etatmäßig anzustellen, wurde von den Gemeinden nur in bescheidenem Maße Gebrauch gemacht. Nach den Erklärungen zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1906/07 verteilten sich die etatmäßigen Stellen auf die Städte Baden 1, Breisgau 2, Heidelberg 3, Karlsruhe 7, Konstanz 1, Lörrach 1, Mannheim 3, Offenburg 1, Rastatt 1. Der Grund, daß nur eine so kleine Anzahl solcher Lehrerinnen bisher etatmäßig angestellt wurde, lag in den nach Ansicht der Gemeindebehörden unerschwinglichen hohen Gehaltslagen und in der 1902 erfolgten Erhöhung des Wohnungsgeldes von 350 M. auf 600 M. Die Städteordnungsstädte haben darum auch in einer Eingabe an Großh. Oberlehrer eine Verringerung der Gehaltsätze beantragt und zugleich erklärt, daß falls eine solche erfolge, sie bereit seien, in größerer Zahl etatmäßige Lehrerinnen anzustellen. Den Anträgen der Städteverwaltungen kommt der Gesetzentwurf entgegen. Er beläßt zwar Anfangs- und Höchstgehalt auf der bisherigen tatsächlichen Höhe von 1250—1650 M., unter Zulage der Dienstzulage zum festen Gehalt, ermäßigt aber die Zulagen von 150 M. auf 100 M., drückt dadurch den Fristenlauf bis zur Erreichung des Gehaltsmaximums von 8 auf 11 Jahre, insbesondere verfürzt er die Mietzinsentschädigung im Maximum um 200 M.

Ihrem Leben und aus dem ihrer Familien genau unterrichtet zeigt. Und sie sind noch mehr überrascht, wenn sie vielleicht nach Jahren wieder mit dem König zusammenkommen und dann finden, daß er sich nicht nur genau an die erste Begegnung erinnert, sondern auch bis zum 3. Punkt alles weiß, was ihnen in der Zwischenzeit passiert ist. Das ist aber durchaus keine Hexerei; der König weiß vielmehr wie nur irgend ein Journalist den Wert der Notizenzeitung zu schätzen und daraus den größten Nutzen zu ziehen: alles wird registriert, über alles wird sorgfältig Wache gehalten. Die „Daily Mail“ erzählt, wie das Notizbuch Edwards VII. beschaffen ist. Jede Seite weist nur einen Namen auf; neben diesem Namen ist alles ganz genau verzeichnet, was der Besucher bei seiner ersten Unterredung dem Könige gesagt hat, und alles, was seine Familie und seine öffentliche oder private Laufbahn betrifft. Da beim Könige niemals jemand ohne eine besondere Einladung oder ohne ein besonderes Geheiß Zutritt hat, hat der Herrscher jedesmal, wenn er einen Audienzbesuchenden empfangen will, Zeit, die Notizen über den betreffenden Namen durchzugehen, sein Gedächtnis aufzufrischen und sich die den besonderen Fall betreffenden Informationen einzuprägen. Am vollständigsten ist das Notizbuch von Buckingham Palace, das fortwährend mit der größten Sorgfalt ergänzt wird. Ein anderes Notizbuch enthält ausführliche Angaben über die Standale in den hohen Gesellschaftskreisen; durch diese Notizen soll verhindert werden, daß Personen, die sich gesellschaftlich unbillig gemacht haben, zu Hofe kommen.

— In Ruh und Frommen aller Ministerkandidaten geben wir hier ein Inserat aus einer in Indien erscheinenden Zeitung wieder, das kürzlich aus Calcutta hierher gelangt wurde und uns im Original vorliegt: „Wanted — A Prims Minister for a Native State. Salary Rs. 2000 besides allowance — Address D 81, Pioneer Press, Allahabad.“ Zu deutsch: „Gesucht — wird ein Ministerpräsident für einen Eingeborenen-Staat. Gehalt 2000 Rupien (= etwa 2260 Mark), außerdem Spejen. Adresse D. 81, Pioneer Press, Allahabad.“ Also — auf nach Indien! So eine Gelegenheit für Hochstrebende, das Ideal eines durchaus billigen Regimes zu verwirklichen, findet sich so leicht nicht wieder.

In den Kreisen der Handarbeitslehrerinnen haben die neuen Bestimmungen des Gesetzentwurfs lebhaften Widerspruch erfahren, der in einer an die Landstände gerichteten Petition zum Ausdruck kommt. Die Bitte der Petitionner geht darum dahin, es möge § 47 Abs. 3 folgende Fassung erhalten: „In etatmäßiger Stellung erhalten dieselben das für Hauptlehrerinnen bestimmte Einkommen“; wenn dieser Bitte nicht entsprochen werden könne, so sollten wenigstens die verzeigten Bezüge nicht geschmälert werden.

Die Kommission hat anerkannt, daß dieser Bitte bezüglich des letzteren Punktes eine Berechtigung nicht abzuspüren sei. Wenn sie in dem Entgegenstand ihrer Beratungen an der in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Normierung trotz mancher Bedenken festhielt, so geschah es in der Erwägung, daß durch eine Erhöhung der Bezüge über die des Gesetzentwurfs voraussichtlich die Anstellungsmöglichkeit nicht unwesentlich verringert werde, während ein Befahren der Gehaltsätze auf der von Großh. Regierung vorgeschlagenen Höhe dem Stande insofern zum Vorteil gereichen werde, als künftig die Städteordnungsstädte und wohl auch die anderen Städte und größeren Gemeinden in ausgiebiger Weise als bisher zur etatmäßigen Anstellung solcher Lehrerinnen schreiten werden. Die Kommission beantragt, § 47 Absatz 1 und 2 unverändert in der Fassung der Regierungsvorlage anzunehmen, Absatz 3 zu streichen.

Im einseitigen Aufstand befindliche Lehrer.

Die im § 48 Abs. 3 vorgeschlagene Erweiterung der Bestimmungen, befreit eine Rade des G.-U.-G. zugunsten der in einseitigen Aufstand befindlichen Lehrer. Nach den bisherigen Bestimmungen des § 47 konnte im Falle einer nachfolgenden etatmäßigen Wiederanstellung die im einseitigen Aufstand verbrachte Zeit nur bei Festlegung des bei späterer endgültiger Zurücksetzung zu gewährenden Ruhegehaltes, nicht aber bei Berechnung des Gehaltes, den ein Hauptlehrer nach der Wiederanstellung erhielt, in Anrechnung gebracht werden, vorausgesetzt daß der betreffende Lehrer während des einseitigen Aufstandes in unzulänglicher Stellung verwendet war. Infolgedessen hemmte die Verletzung in den Aufstand, in die einzelnen Fällen lediglich im dienstlichen Interesse ohne Rücksicht auf den Lehrer's eintreten mußte, in unglücklicher Weise das Vorzücken im Gehalt und führte zu einer dauernden materiellen Schädigung des Betroffenen, die als unbillich und hart empfunden wurde, aber mangels gesetzlicher Bestimmungen nicht zu beseitigen war. Dieser Mangel ist durch die neuen Bestimmungen des § 48 Abs. 3 beseitigt und wird künftig auch die im einseitigen Aufstand verbrachte Zeit für die Berechnung der Zulagefrist in Anrechnung gebracht. Die Kommission ist mit der vorgeschlagenen Aenderung des § 48 Absatz 3 einverstanden.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 68. Sitzung.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 3. Mai.

Präsident Dr. Bildeus eröffnet 9 Uhr 25 Min. die Sitzung. Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr von Dusch und Regierungskommissare.

Eingelaufen: Bitte des ehemaligen Zugmeisters Egid Schmit um Entschädigung wegen unschuldiger Wegregelung; Petition des Gemeinderats Koch und der Gemeinderäte von 79 weiteren Gemeinden, die Verbindung der Bodenseebahn mit der Schwarzwaldbahn betr. (Uebersenden vom Abg. Hilpert); Bitte der Gemeinde Ohlsbach um Errichtung einer Haltestelle bei Station 5 der Schwarzwaldbahn betr.

Auf der Tagesordnung steht die Generaldebatte über die Schulvorlage.

Abg. Mohrhardt (natl.)

erstattet den Bericht der Schulkommission. Unter den Vorlagen, welche die Regierung diesmal dem Landtage hat zugehen lassen, sind die bedeutendsten die Vermögenssteuer und die Schulvorlage, die auch in gewissem Zusammenhange stehen insofern, als die Vermögenssteuer die materiellen Kräfte, die Schulvorlage die geistigen und ideellen Kräfte mehr zur Entwidlung bringen will. Die Schulreform steigert aber auch die materiellen Kräfte des Volkes. Volkswohlstand und Schulbildung stehen in enger Wechselwirkung; das hat die Debatte über die Landwirtschaf wieder gezeigt, wo gezeigt wurde, daß nicht nur Jölle und sonstige Mittel nötig seien zur Hebung der Landwirtschaf, sondern vor allem eine gute Schulbildung. Vermögenssteuer und Schulreform teilen auch das gleiche Schicksal, ihr Zustandekommen ist noch gefährdet. Wenn ich nun selbst auf das Volksschulgesetz zu sprechen komme, so muß ich einleitend bemerken, daß, wenn man auch in allem nicht mit der Regierungsvorlage einverstanden ist, man doch die Anerkennung aussprechen muß, daß der Gesetzentwurf hervorgegangen ist aus einem lebendigen Interesse der Regierung an einer Förderung unserer Volksschule und daß er verdient die Regierung Anerkennung. Der Gesetzentwurf steckt sich zwei große Ziele: einmal die Hebung des Volksschulunterrichtes durch Erweiterung der Unterrichtszeit, zum anderen die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen. Die Zahl der Lehrgegenstände ist bedeutend gewachsen, auch sind der Volksschule ganz andere Aufgaben erwachsen, aus einer Wissensschule ist die Volksschule zur Erziehungsschule geworden. Um die erzieherischen, wertvollen Stoffe wirksam in der Schule machen zu können, gehört aber Zeit, und deshalb schlägt die Vorlage eine Erweiterung der Unterrichtszeit vor, nicht etwa für die unteren, sondern für die mittleren und oberen Klassen. Eine Maximalzahl ist hier nicht gegeben, diese muß sich richten nach einer Reihe von Faktoren, als die Zahl der Lehrer, Zahl der Schüler, Beschaffenheit der Lokale. Die Erweiterung der Unterrichtszeit soll erreicht werden durch Zusammenlegung verschiedener Klassen in einzelnen Unterrichtsjahren: zwar habe ich hiergegen schwere Bedenken, denn es wird sich fragen, ob die Unterrichtszeit nicht geschmälert werden möchte. Wenn Klassen auch zusammengeführt werden sollen, bei denen die Schülerzahl 50 übersteigt, so muß ich freilich die allerschwersten Bedenken wegen des Unterrichts-erfolges; hier möchte ich auf ein Wort Paulsen's verweisen, daß die Ueberfüllung der Klassen den Fortschritt der Schüler hemmt, den Unterricht mechanisiert, die Fähigkeit des Lehrers demut und seine Kräfte vor der Zeit versetzt. Ueber 70 Schüler sollen in einer kombinierten Klasse in der Regel nach der Vorlage nicht zusammengeführt werden; nur ausnahmsweise soll eine kombinierte Klasse bis 100 Schüler umfassen. Die Maximalzahl ist also auf 70 Schüler festgesetzt, und das ist ein wesentlicher Fortschritt. Wo die Schülerzahl 70 übersteigt, sollen die Lehrkräfte vermehrt werden. Einen Vorschlag möchte ich noch machen, um den Lehrermangel einzugraben zu paralysieren, daß sich die Geistlichen mehr als bisher um den Religionsunterricht kümmern; ich meine hier nicht die katholischen, sondern die protestantischen Geistlichen. Die Durchführung der Reform wird noch eine lange Reihe von Jahren beanspruchen, der Zugang zu den Seminarien muß ein noch viel stärkerer werden, wenn dem Lehrermangel abgeholfen werden soll; die Durchführung der Reform erfordert aber auch eine Vermehrung der weiblichen Kräfte, wie sie im § 17 des Gesetzentwurfs vorgesehen ist. Heute schon beträgt die Zahl der Lehrerinnen 14,3 v. H., und es ist nur eine logische Konsequenz, wenn der Gesetzentwurf die bisherigen Schranken fallen

läßt zwar in der Kommission eine Minderheit vorhanden, welche die Zulassung von weiblichen Lehrkräften fest begrenzen wollten, wogegen sich aber die Mehrheit ausspricht, welche es bei den Vorschriften des Gesetzes belieft. Mehrheit wie Minderheit der Kommission waren aber einig in der Anerkennung für die dienstliche Tätigkeit der Lehrerinnen und haben nicht zurückgehalten mit der Anerkennung für die besondere Eingabe, die große Aufopferung und Pflichttreue für ihren Beruf. Von besonderer Wichtigkeit ist alsdann die Aufbesserung der Lehrer, einmal werden die Vergütungen etwas erhöht, zum anderen aber werden — und das ist die Hauptsache — die Gehaltsätze erhöht. Was die Regierung in der Vorlage vorgeschlagen hat, bezeichnet sie als das „zur Zeit Erreichbare“. Die Kommission konnte sich den Vorschlägen der Regierung nicht anschließen, sie wünscht die Normierung der Gehaltsätze wie die der Beamten in G 6. Hierüber wird sich wohl eine Verständigung mit der Regierung noch erzielen lassen, viel schwieriger liegt die Sache bei der Einreichung in den Gehaltstaxif. Hierzu hat die Regierung erklärt, daß, falls an der Einreichung festgehalten werden sollte, der Gehaltstaxif für sie „völlig unannehmbar“ sei. Die Kommission verkennt zwar die großen Schwierigkeiten nicht, allein sie hält die Weisungen der Regierung für nicht so weitgehend, als daß sie nicht an der Einreichung festhalten sollte. Diese aber ist unbedingt nötig im Interesse unserer Volksschule, zur Durchführung guter Schulen behaftet es vor allem guter Lehrer, Erfolg und Mißerfolg der Schulen sind im letzten Ende abhängig von der Persönlichkeit des Lehrers. Seit vielen Jahren verhandeln wir hier immer und immer wieder Petitionen der hiesigen Lehrer, durch deren Reiben ein aufreibender Kampf geht; diesen Kampf wollen wir vermeiden, indem wir hier einmal rufen können: „Bis hierher und nicht weiter!“ Das war vor allem der Grund, weshalb wir die vorgeschlagenen Gehaltsätze für zu niedrig fanden, weshalb wir auch die Einreichung in den Gehaltstaxif forderten; und weil die Einreichung in G 6 nicht möglich war, haben wir eine neue Klasse gebildet G 5a und für die Lehrerinnen etc. G 5b und G 5c. Eine besondere Schwierigkeit bildete die Behandlung der Arbeitslehrerinnen in der Kommission. Wenn die Kommission dem Regierungsentwurf zustimmte, so geschähe das aus der Erwägung, daß die Städte und größeren Gemeinden wohl leichter zur etatmäßigen Anstellung der Arbeitslehrerinnen schreiten würden, und tatsächlich hat sich die Stadt Karlsruhe bereits erhoben, 20 solcher Lehrerinnen etatmäßig anzustellen. Sollte sich aber die Erwartung nicht erfüllen, so wird es eine Aufgabe späterer Gesetzgebung sein, hier Wandel zu schaffen. Es ist einmal gesagt worden, daß die Schulfrage eine Geldfrage sei nicht allein, sondern auch eine Frage der Geldmittel. Die Mehrbelastung beträgt nach den Kommissionsbeschlüssen 1 265 000 M., also bedeutend mehr als nach dem Regierungsentwurf. Die Regierung erklärt die Mehrkosten nicht auf die Staatskasse allein übernehmen zu können. Deshalb schlägt sie einmal einen anderen Modus der Verteilung der Gemeindebeiträge vor, sie will statt fester prozentuale Beiträge einführen, zum anderen will sie die prozentualen Beiträge so hoch normieren, daß ein Mehrbetrag sich aus diesen Beiträgen ergibt. Die Kommission konnte den Vorschlägen nicht zustimmen mit Rücksicht auf die vielen Gemeinden, die heute schon am Rande ihrer Leistungsfähigkeit stehen, wie mit Rücksicht auf das Interesse der Schule, welches erfordert, daß die Gemeinden nicht mißmutig durch die erhöhten Beiträge gemacht werden. Die Kommission ist der Regierung entgegengekommen, aber auch hier hat die Regierung erklärt, daß für sie der Gehaltstaxif durchaus unannehmbar sei, wenn die Beiträge der Gemeinden nicht wesentlich erhöht würden. Nach allen den Erklärungen der Regierung scheint die Vorlage stark gefährdet; allein ich habe noch die Hoffnung, daß wir im Laufe der Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen und ein Gesetzwerk zustande bringen, das ich für ein hochbedeutendes und wichtiges halte. Es wäre tief bedauerlich, wenn ein so wichtiges Gesetzwerk scheitern würde und unser hiesiger Lehrerstand eine solche Enttäuschung erleben würde in einem Augenblick, da er die Erfüllung seiner langgehegten Wünsche so nahe gerückt sah. Im Interesse der Schule, im Interesse unserer Jugend müssen wir mit allen Kräften darnach streben, das Gesetz zustande zu bringen. (Beifall links.)

Die Generaldebatte wird hierauf eröffnet.
Präsident Dr. Wilcken macht vorher die Mitteilung, daß unter den Parteien des Hauses eine Vereinbarung getroffen worden ist, nach welcher nur eine beschränkte Anzahl Redner zum Worte kommen sollen.

Abg. Dehnbach (Str.):
Eine Erweiterung der Unterrichtszeit, die durchaus notwendig ist, wird sich vorerst ohne eine gewisse Ueberlassung unserer Lehrer nicht erreichen lassen, da wir uns keineswegs Zweifel darüber hingeben dürfen, daß in den nächsten Jahren der Lehrermangel nicht völlig behoben werden kann. Aus diesem Grunde glauben wir auch der Begrenzung der Zulassung von Lehrerinnen entraten zu lassen. Die Anmeldungen zu den Lehrerseminarien in Freiburg und Heidelberg sind außerordentlich zahlreich; und ich muß nur bedauern, daß eine ganze Anzahl von Anmeldungen nicht berücksichtigt werden konnten, weil die Seminare noch nicht zum Abschluß gebracht worden sind. Bei der Regierung scheinen sich Schwierigkeiten mehr zu erheben gegen die von der Kommission vorgeschlagene Normierung der Gehaltsätze, die durchaus angezeigt sind; wir sind ja auch der Regierung entgegengekommen, als wir die Aufstockungsverhältnisse etwas ungünstiger gestalteten. Das für die Lehrerinnen längere Fristen zur Erreichung des Höchstgehaltes normiert worden sind, erscheint mir durchaus unbedeutend, weil der Höchstgehalt niedriger ist als bei den Lehrern, die Lehrerinnen später etatmäßig angestellt werden und auch nicht solange in Diensten bleiben. Selbstredend ist bei der Annahme unserer Beschlüsse eine nochmalige Berücksichtigung der Lehrer bei der allgemeinen Revision des Gehaltstaxif ausgeschlossen. Eine andere Frage ist die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstaxif. Wie beantworteten diese Einreichung, weshalb die einmütige Annahme dieser Forderung in der Kommission erfolgte. Wenn die Aufnahme in den Gehaltstaxif den geheimen Zweck haben sollte, das historische Verhältnis der Schulen und der Gemeinden zu lockern, so würden wir uns gegen die Aufnahme in den Gehaltstaxif ausgesprochen haben. Was die Gemeindebeiträge anbelangt, so muß ich darauf hinweisen, daß die Gemeindebeiträge ohnedies schwerer getragen werden als die Staatssteuern; hinzu kommt, daß die Schulreform oberhalb den Gemeinden durch Neubauten von Schulen große Lasten auferlegt. Ich bin der Meinung, daß trotz der Spannung unserer Finanzen der Staat die Lasten durch die Schulreform leichter tragen kann, als die Gemeinden, auch kann die Verteilung der Lasten so leichter auf die stärkeren Schultern abgewälzt werden. Die erhöhten Lasten auf die Gemeinden abgewälzt, würden nur die höchste Aufregung in den Gemeinden hervorrufen, was die Regierung doch bewegen sollte, Hefen in den Staatskassen zu greifen. Für die älteren Lehrer hätten wir gern noch ein übriges in den Uebergangsbestimmungen getan; jedoch ist in diesen Bestimmungen, wie in den Kommissionsbeschlüssen sowohl für die alten Lehrer getan, daß diese wohl mit uns zufrieden sein können. Es sieht zwar jetzt noch nicht glänzend aus mit dem Zustandekommen des Gesetzes; ich gebe aber nicht die Hoffnung auf, daß das Gesetz doch zustande kommt, dazu gehört aber die Weisheit, die eben in der Beschränkung liegt, in der Beschränkung aller gesetzgebenden Faktoren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Ding (natf.):
Der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt nicht fundamentale Veränderungen in unserem Schulwesen, sondern er will die organische Fortbildung desselben. Es erscheint wohl nicht unangebracht, darauf aufmerksam zu machen, daß unser hiesiger Staat auf dem Gebiete der Jugendberziehung nicht etwa Jahre lang untätig geworfen ist; daß dem nicht so ist, beweist das Fortschreiten der Berziehung in den letzten 20 bis 30 Jahren. Schon die äußerliche Tatsache, daß eine Reihe von Gesetzen, welche die Verbesserung der Schulen bezweckten, zustande kamen, ergründen meine Angaben. Daß dieses Fortschreiten betätigt wurde unter Inanspruchnahme der finanziellen Kräfte, dürfen wir wohl mit Befriedigung feststellen. Ich hoffe zuversichtlich, daß es gelingen wird, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen durch ein Entgegenkommen der Regierung. Zwei Hauptstreitfragen sind übrig geblieben: Die Einreichung in den Gehaltstaxif. Die Regierung sagt, das sei nicht angängig aus prinzipiellen Gründen, sie weist darauf hin, daß die Schulen historisch Gemeindegüter seien. Durch die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstaxif würde eine Lockerung des historischen Verhältnisses zwischen Schulen und Gemeinden stattfinden. Ich kann mich diesen Begründungen nicht anschließen, sonst hätte sich die Regierung 1892 nicht auf den Standpunkt gestellt, daß die Lehrer, trotz Aufrechterhaltung der Schulen als Gemeindegüter, Beamte des Staates seien. Wenn die Lehrer an den Mittelschulen seit Jahren in den Gehaltstaxif eingereiht sind, ohne daß sich Unzulänglichkeiten ergaben, so ist es nur konsequent im Hinblick auf das Gesetz von 1892, die Volksschullehrer gleichfalls in den Gehaltstaxif einzureihen. Wenn seinerzeit die Gemeinde zur vornehmsten Hüterin der Volksschule gemacht wurde, so war das kein Mißgriff, sondern, wie sich erwies, hat ein äußerst glücklicher Griff. Ein schädlicher Eingriff würde hier allerdings erfolgen, wenn die Gemeinden allzu stark belastet würden. Hier muß doch darauf hingewiesen werden, daß es vornehmlich ein Staatsinteresse ist, eine gute Volksschule zu schaffen und zu erhalten. Es darf nicht verkant werden, daß die Gemeinden zu ungleich belastet würden, denn es gibt eine Reihe von Gemeinden, die keine Umlagen erheben, während andere schon übermäßig mit Umlagen belastet sind. Wenn dieses Verhältnis durch die Schullasten noch verschlimmert würde, so würde das nicht im Interesse der Schulen gelegen sein. Wenn wir die Volksschullehrer immer auf eine besondere Behandlung ihrer Wünsche auf bessere Honorierung ihrer Leistungen verweisen, so ruft das eine stärkere Erregung vor, als wenn wir ihre Forderungen mit denen der übrigen Beamten gleich behandeln. Was die Verteilung der Lasten anbelangt zwischen Staat und Gemeinde, so ist leider auch hier eine wesentliche Differenz zwischen der Regierung und der Kommission übrig geblieben; die Kommission steht einmütig auf dem Standpunkt, daß die Schulreform nicht zu einer weiteren stärkeren Belastung der Gemeinden führen darf. Schon 1892 wurde hervorgehoben, daß der ganze Mehraufwand der neuen Gesetzgebung billigerweise nicht den Gemeinden zur Last gelegt werden darf, sondern vom Staate getragen werden muß. Haben sich denn inzwischen die Verhältnisse so geändert, daß man heute die Gemeinden und zwar in ganz erheblicher Weise mehr belasten kann als damals? Den Gemeinden erwachsen durch die neuen Schulbauten schon so erhebliche Ausgaben, daß wir von einer weiteren Belastung der Gemeinden absehen müssen. Ich glaube, wir können und hier umso eher verständlich, als es ja wieder Aufgabe der Volkserziehung sein muß, die nötigen Mittel zur Verteilung der erhöhten Schullasten bereit zu stellen. Ich hoffe, daß nicht nur die Regierung, sondern auch die Erste Kammer den Anträgen der Kommission volle Anerkennung und Würdigung zuteil werden läßt. Darüber wollen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß wenn wir vor der Berücksichtigung eines so wichtigen Gesetzes stehen, den Uebertreibungen entgegenzutreten müssen, als ob unser Volk, welches nur die Volksschule besitzt, gut gedeckelt sei, wenn es nur ein gutes Schulwesen begehrt. Es muß die Anregungen der Schule in sich weiter entwickeln und sich weiter fortzubilden suchen intellektuell und sittlich. Derzeitige Weist rückständig und wird Schiffbruch erleiden, der nicht immer daran denkt, daß alles Wissen Stückwerk ist und sich nicht immer das Wort Solms vergegenwärtigt: „Ich weiß, daß ich nichts weiß.“ Ich schließe, indem ich dem bezüglichen Wünsche Ausdruck gebe, es möchte der Gesetzentwurf dank dem zu erwartenden Entgegenkommen der Regierung um auch Gesetzeskraft erlangen und es möge alle die Erwartungen in Erfüllung setzen, welche unser Volk und das hohe Haus, wie wohl auch die Regierung, an ein Zustandekommen des Gesetzes knüpfen.

Abg. Jhrig (Dem.):
Wir wären wohl in der Beschränkung der Schülerzahl noch weiter gegangen als der Gesetzentwurf, wenn das möglich gewesen wäre. Es ist erfreulich, daß der Zugang zum Lehrerberuf höher ist; dieser Zugang würde allerdings wieder sinken, wenn die auf dem letzten Landtag gegebenen Versprechungen der Regierung nicht in Erfüllung gehen. Was die Erweiterung der Unterrichtszeit betrifft, so werden sich ergebende Mängel wohl abgestellt werden können. Wenn die Lehrer so mehr belastet werden sollen, so wird es nötig sein, ihnen ein Äquivalent zu geben in der besseren Bezahlung ihrer Arbeitsleistungen. Wenn wir eine Vermehrung des Lehrerpersonals vornehmen, so wird sich eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Haupt- und Unterlehrern ergeben; ein von mir eingebrachter Antrag hierzu wurde in der Kommission leider verworfen. Die Vorlage der Regierung, soweit sie die Lehrerbahntaxe betrifft, kann ich nicht als eine wohlwollende bezeichnen; sie entspricht keineswegs den auf dem letzten Landtag ausgesprochenen Erwartungen. Wenn der Gesetzentwurf angenommen würde, so hätte z. B. der Wahlkreis Schwetzingen mit 9 Gemeinden in den ersten 3 Jahren 20 400 M. mehr aufzubringen als die Lehrer des Wahlkreises erhalten, und auch nach den ersten drei Jahren, also im Bekleidungsstande, würde der Wahlkreis immer noch 1620 Mark mehr aufzubringen haben als die Lehrer erhalten. Das sind ganz unbillbare Verhältnisse, die auf dem Lande außerordentlich verurteilt würden zum Nachteil der Schule. Die Regierung hat verschiebenmäßig auf die Nachbarkommunen hingewiesen, das ist aber keine gute Position der Regierung, wenn sie darauf verweist, daß in manchen Staaten die Lehrer noch schlechter gestellt seien als bei uns. Die Verhältnisse in anderen Staaten kann man mit den unsrigen nur vergleichen, wenn man sie in ihrem vollen Umfange würdigt. Zur Einreichung in den Gehaltstaxif sprechend schließt sich der Redner den Ausführungen der Vorredner im wesentlichen an. Nur die Einreichung in den Gehaltstaxif garantiert auch fernerhin eine gerechte Behandlung der Lehrer. Diese wollen nicht immer mit Petitionen hantieren den Beamten herlaufen und nicht etwa, wie es vorgekommen ist, den Eindruck der Unersättlichkeit machen. Die Einmütigkeit, mit welcher die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hat, sollte der Regierung zu bedenken geben, daß der Wille des ganzen Volkes hinter den Wünschen der Volkserziehung steht. Es ist eine Ehrensache der Lehrer, auf ihren Forderungen bestehen zu bleiben, um auch für Weib und Kind in hinreichender Weise Sorge zu tragen. Ich hoffe, daß die Arbeit der Schulkommission in zwei Landtagen nicht vergeblich, sondern von Erfolg gekrönt sein möge. (Beifall links.)

Staatsminister Freiherr von Dusch:
Von den Ausführungen des Abg. Jhrig möchte ich die zurückweisen, daß die Regierung ihre Versprechungen auf dem letzten Landtage nicht gehalten und auch den Lehrern kein genügendes

Wohlmollen entgegengebracht habe. Zurückweisen möchte ich auch die Behauptung des Abg. Jhrig, als ob die Regierung mit falschen Zahlen operiert habe. Jedenfalls sind die regierungswidrigen Zahlen richtiger als die von den Lehrern angeführten. Ich hoffe, daß wir zu einem Resultat doch kommen, nicht etwa dadurch, daß die Regierung entgegenkommt, sondern, daß das hohe Haus nachgeben wird. Gehe ich auf die besonderen Differenzpunkte ein, möchte ich meiner Genehmigung Ausdruck geben, daß bisher nicht versucht worden ist, unsere Verhandlungen durch Anträge zu erschweren. Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß es notwendig sein werde, noch mehrere Lehrerseminare zu errichten. Auf diesem Landtage kann einem solchen Verlangen die Regierung nicht nachkommen, wohl aber werden in einem Nachtragsetat Summen angefordert werden für eine Vermehrung der Kurse an den Seminarien. Was die Frage der Einreichung in den Gehaltstaxif angeht, so möchte ich darauf hinweisen, daß meine Ausführungen auf dem letzten Landtage inhaltlich gegen die Einreichung in den Gehaltstaxif sich ausdrücken. Eine solche ist weder notwendig noch zweckmäßig, noch wird sie erfolgen, ohne läßliche Wirkungen für die Zukunft. Ein Gesichtspunkt bei dieser Frage wird ganz außer Betracht gelassen werden müssen, nämlich der Standpunkt der Ehrenfrage für die Lehrer, auf der Einreichung in den Gehaltstaxif zu bestehen. Solche Schlagworte sind nur geeignet, eine falsche Vorstellung im Volke von der Stellung der Lehrer hervorzurufen. Der Abg. Ding hat aus dem Gesetz von 1892 und seinen Motiven herankommen wollen, als sollte der Lehrer als Beamter lediglich des Staates gelten. Wenn man aber auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes zurückgeht, so ergibt sich auch hieraus die besondere Stellung der Lehrer zwischen den Staats- und Gemeindebeamten. Ein weiterer Grund gegen die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstaxif ist der, wozu soll man die Stadtlehrer einreichen? Die Regierung läßt also an ihrem bisherigen Standpunkt in dieser Frage fest. Ich glaube also, der eigentliche Grund, wegen dessen die Lehrer so sehr auf die Aufnahme in den Gehaltstaxif drängen, ist der, auch bei künftigen Revisionen des Gehaltstaxif mitberücksichtigt zu werden. (Zurufe: Sehr richtig.) Wir dürfen nicht darüber im Zweifel sein, daß wenn heute die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstaxif mit einer außerordentlichen Klausel besetzt, Revision des Gehaltstaxif erfolgt, sich bei der nächsten Gehaltsrevision wieder eine maßlose Agitation der Lehrer entfalten würde. Die Regierung hält ihrerseits aus formellen und materiellen Gründen daran fest, daß eine Einreichung in den Gehaltstaxif nicht erfolgen kann. Auch bezüglich der Zulagefristen wird die Regierung keinesfalls den Wünschen der Kommission zustimmen. Es wird Aufgabe späterer Verhandlungen sein, wie weit die Regierung bezüglich der Zulagefristen mit Rücksicht auf die finanzielle Lage gehen kann. Was nun die Gehaltsbezüge der Lehrer anbelangt, so will ich auf die Nebenbezüge der Lehrer nicht mehr eingehen, aber wenn die ländlichen Lehrer mit den Beamten verglichen werden, so vergißt man, daß das Leben auf dem Lande bedeutend billiger ist, als das Leben in den Städten. Wie steht es nun hier mit den anderen Staaten? Da wird man finden, daß wenn wir Gehalte von 1500—2000 Mark zahlen würden, wir allen Staaten voran wären und auch Hessen noch um einiges überholten würden. Keiner Erörterung bedarf, von welcher finanzieller Tragweite die Bemessung der Zulagefristen ist. Die Große Regierung wäre an sich bereit, 1500—2000 M. auszugeben, nicht aber kann sie der Bemessung der Zulagefristen, wie sie die Kommission vorschlägt, zustimmen. Die an sich beruhigende Versicherung des Abg. Ding, die Volkserziehung werde auch die nötigen Mittel bewilligen, ist an sich sehr erfreulich, allein lieber wäre es mir, Erfolge zumal in der Vermögenssteuerkommission zu sehen. Bezgl. der Gemeindebeiträge zu den Schullasten muß ich darauf hinweisen, daß trotz des Citats des Abg. Ding aus dem Gesetz von 1892 die Gemeinde die prinzipale Trägerin der Schullasten ist. Wenn immer gesagt wird, daß der Staat die Lasten leichter tragen kann als die Gemeinde, so möchte ich einmal die Frage erheben: „Wer ist denn der Staat?“ Es ist auf die verschiedenen Leistungsfähigkeit der Gemeinden verwiesen worden; allein heute tragen schon die Städte die vollen Lasten ihrer Schulen, sollen diese nun auch die Schullasten des Landes noch mittragen? Bei der Belastung der Gemeinden handelt es sich immer nur um solche, welche diese Lasten tragen können; Gemeinden, welche hierzu nicht in der Lage sind, können diese Lasten auf andere überwälzen. Ich komme zu dem Ergebnis, daß wenn auch die ursprünglichen Regierungsvorschläge eine etwas zu starke Belastung der Gemeinden intendierten, die Kommissionsvorschläge so nieder sind, daß sie zu akzeptieren die Regierung nicht in der Lage ist. Ich hoffe, daß wenn das Gesetz an das Haus zurückgelangt, sich hier Bewältigung fassen lassen, welche eine Einigung in dieser Frage herbeiführen. Wenn auch in diesem Stadium Beschlüsse gezeitigt werden, welche für die Regierung unannehmbar sein werden, so hoffe ich, daß in einem späteren Stadium Beschlüsse gezeitigt werden, denen die Regierung zustimmen kann.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Von Seiten der Sozialdemokraten sind zu den Kommissionsbeschlüssen eine Reihe Änderungsanträge eingelaufen.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr: Fortsetzung der Schuldebatten.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 8. Mai.
Die Posthilfsstelle auf dem Heidelberger Schloss ist in eine Postagentur mit Telegraphenbetrieb und öffentlichen Fernsprechstelle umgewandelt worden.
Ein Schlafwagen 1. Klasse läuft seit 1. Mai d. J. täglich zwischen Heidelberg (ab 8 Uhr 35 Min. nachmittags) — Paris (an 8 Uhr 45 Min. vormittags) und Paris (ab 10 Uhr 20 Min. nachmittags) und Karlsruhe (an 10 Uhr 20 Min. vormittags). Die neben dem Fahrpreis zu entrichtende Schlafwagentaxe beträgt Heidelberg—Paris 15 M. und Paris—Karlsruhe 15 M., Dtsch.—Paris (oder umgekehrt) 13 M., Wuppertal und Stralsburg—Paris (oder umgekehrt) 12 M. Bei Vorausbestellung von Plätzen wird noch eine Vorkerzgebühr erhoben.
Zur Einweihung des Hindenburks ist berichtigend nachzutragen, daß der Feiertag nicht die Herren Kammerjunker Lemel, Dr. Richard Laband und Generalkonsul Simon, sondern die Herren Kisteb Lenzel, Viktor Laband und Konrad David Simon betrafen.
Maimarkt Mannheim. In dem im gestrigen Abendblatt veröffentlichten Brämierungsbericht ist in der Abteilung E. Szage aller Rassen, hat O. Baum Ludwig Baum zu lesen. Die Auszeichnung erfolgte für englische Schafe.
Maimarktlosterie. In die Hauptlosterie von J. F. Lang Sohn, Heidelberg, fielen der 4. Preis und 3. Arbeitspferde, ferner 4 Kälbinnen und 2 Kühe.
Der Evangelische Kirchenchor der Friedenskirche veranstaltet am nächsten Sonntag Nachmittags seinen Frühjahrs-Konzert nach Heidelberg—Siebenbrunnens und ladet dazu seine Mitglieder, sowie Gönner und Freunde herzlich ein. Abfahrt: 1.45 Uhr Hauptbahnhof.
Matthäusliches Weiser am 4. und 5. Mai. Bei vorherrschend südlichen und teilweise auch südwestlichen Winden ist für Freitag

und Samstag etwas mildere Temperatur, noch zeitweilige Gewitterneigung, aber vorwiegend aufgehelltes Wetter in Aussicht zu nehmen.

Polizeibericht vom 3. Mai.

Aufgefundene Kleidungsstücke: Auf einer Anlagebank bei der Rheinstraße wurden gestern vormittag eine Jacke und Weste, in der sich 18 Pfg. in bar, sowie ein auf den Namen Friedrich Widert, 19 Jahre alter Tagelöhner von Freinsheim ausgestelltes Austrittsschein aus dem städt. Krankenhaus „Hofel-Estif“ Neustadt a. S. befanzen, vorgefunden. Der rechtmäßige Eigentümer, der sich möglicherweise in den Rhein gestürzt hat, konnte bis jetzt nicht aufgefunden werden.

Unfälle: Auf der Kreuzung der Damm- und Riederholerstraße wurde gestern vormittag die 52 Jahre alte Ehefrau eines in der Riederstraße wohnenden Schmieds von einem Herrschafswagen überfahren und anscheinend innerlich erheblich verletzt. Sie mußte auf ärztliche Anordnung mittelst Sanitätswagen ins allg. Krankenhaus verbracht werden.

Bei der Drehbrücke auf der Reforvorlandstraße glitt ein Tagelöhner von hier beim Aufsteigen auf einen städt. Kompostwagen ab und brachte seinen linken Fuß unter das Vorderrad. Er erlitt starke Quetschungen.

Konkurrenz wurde die im Polizeibericht vom 1. I. Mitgeteilte, aus dem Refor geländete Reiche als diejenige des Tagelöhners Rathhaus Wagner von Hiesheim.

Eine Kiste mit Limburger Käse wurde in der Zeit von gestern abend halb 9 bis 2 Uhr heute früh aus dem Hausgang U. S. G. von noch unbekanntem Täter entwendet.

Verhaftet wurden 6 Personen, darunter ein vom Amtsgericht Durlach wegen Betrugs verfolgter Koch von Blaubeuren.

Sport.

Für die Jubiläum-Badenia im nächsten Jahre, deren Preis auf 50 000 Mark erhöht wurde, hat nunmehr der Badische Renn-Verein Mannheim bereits die Proposition im Entwurf festgesetzt. Wie geben, so schreibt der „Deutsche Sport“, die Ausschreibung, die von neuem Zeugnis ablegt von der postlichen Großzügigkeit der Mannheimer Rennleitung, nachstehend wieder: Jubiläum-Badenia. Ehrenpreis des Großherzogs Friedrich von Baden für den siegenden Reiter. Ehrenbecher, gegeben vom Badischen Rennverein, für sämtliche Reiter und 50 000 M.; hiervon 20 000 Mark dem ersten, 8000 M. dem zweiten, 4800 M. dem dritten, 2000 M. dem vierten, 1000 M. dem fünften, 1000 M. dem sechsten, 600 M. dem siebenten Pferde. Herren-Reiten. Für 4jährige und ältere Pferde aller Länder, die sich am Tage der Rennung und bis zum Tage des Rennens in deutschem, österreichisch-ungarischem oder sächsischem Besitz befinden. Erster Einlauf am 16. Dezember 1906 80 M., falls bis 12. Januar 1907 erklärt, im Rennen zu bleiben, zweiter Einlauf 90 M., falls bis 9. Februar 1907 erklärt, im Rennen zu bleiben, dritter Einlauf 120 Mark, falls bis 9. März 1907 erklärt, im Rennen zu bleiben, vierter Einlauf 150 Mark, falls bis 6. April 1907 erklärt, im Rennen zu bleiben, fünfter Einlauf 180 M. Gew. 4jährig 84 Kg., 5jährig 70 Kg., ältere Pferde 78 Kg. Pferde, die kein Rennen im Werte von mindestens 2000 Mark gewonnen haben, 2 Kg. erlaubt. Sieger eines Rennens im Werte von 4000 M. bis einschließlich 6000 M. 2 Kg., von 6000 Mark bis einschließlich 8000 M. 4 Kg., darüber 6 Kg. mehr. Währung ca. 5000 Mark. Dem Trainer des siegenden Pferdes eine goldene Uhr und Kette. 70 Unterschriften oder kein Rennen. Zu nennen bis 15. Dezember 1906, abends 8 Uhr.

Die 11. Kollerregatta in Gms findet am 8. Juni statt. Der geschäftsführende Ausschuss gibt die Ausschreibung der zwölf Rennen bekannt. Der Mededlauf für ausländische Vereine ist Sonntag, 10. Juni, abends 6 Uhr, für Verbandsvereine Freitag, 22. Juni, abends 6 Uhr, für die übrigen Rennen am 23. Juni, abends 6 Uhr. Abends 8 Uhr, für die übrigen Rennen am 23. Juni, abends 6 Uhr. Abends 8 Uhr, für die übrigen Rennen am 23. Juni, abends 6 Uhr.

Der sechste Tag der Olympischen Spiele brachte den deutschen Athleten verschiedene schöne Erfolge. Im Säbelfechten legte der Berliner Casimir von dem Holländer Rosen und dem Franzosen Casanovi. Das Fencing gewann eine deutsche Mannschaft vor einer österreichischen und einer griechischen Mannschaft. Das Ringen des Bremer Heideck-Klub wurde ebenfalls mit dem ersten Preise prämiert. Im Hochsprung legte der Engländer Zaah mit einem Sprung von 1 m 77 cm. Das Rennen über 110 Meter gewann der Amerikaner Laevit vor Wunder-Wittweida in 18 1/2 Sek.

Schwimmsport. Bei dem Schwimmspiele des I. Heilbronner Amateur-Schwimmclubs Heilbronn errang Herr Hermann Berg vom Schwimmclub Salamander im Juniortriumphswimmen den 2. Preis hinter Rayer, Delphin Stuttgart, dem es gelang, Berg um 1/2 Sekunde zu schlagen. Das Schwimmen gelangte in zwei Läufen zur Ausführung. Ebenso das Juniortriumphswimmen, wo Berg den 3. Preis errang. Im Juniortriumph wurde H. Berg nach schönem Kampfe 2. hinter Weis-Stuttgart.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Größt. Hof- und Nationaltheater Mannheim. Die Inlandung teilt mit: Wegen andauernder Heiserkeit des Herrn Kraun wird Freitag, den 4. in der Wiederholung der Oper: „Vorfühls“ von Heubertger, Herr Kammeränger Hans Duffard von Geogh. Hoftheater zu Karlsruhe die Partie des Johannes“ singen. — Frau Auguste Bopp-Wieler, die in der laufenden Spielzeit dem königlichen Hoftheater in Stuttgart zu Gastspielen verpflichtet und vom Herbst 1906 ab definitiv für mehrere Jahre an dem dortigen Hoftheater engagiert ist, wird sich Sonntag, den 6. Mai in der Rolle der „Enfante“ in Figaros Hochzeit dem Publikum ihrer Vaterstadt vorstellen.

Aus dem Berliner Theaterleben. Man schreibt und aus Berlin, 2. Mai: Auch die Nachzügler retten den verlassenen Freitag nicht mehr. Gomar Heibergs Komödie der Liebe erlebte im kleinen Theater — seinen Erfolg, wollen wir höfentlich sagen. Und das mit Recht nicht. Dem Werk ist die Liebe das Leben, dem Plane bestenfalls doch nur ein Teil seines Lebens. Aus dieser Erkenntnis, die auch Prof. Förel in seinem neuesten Buche über die fernste Frage aus und einbringlich vertritt, wolle Heiberg die Tragödie der Liebe entwickeln. Aber er ist zu sehr geistreicher Philosoph und zu wenig Dramatiker, und so macht ihm aus der Tragödie der Liebe der Selbstmord einer Herrscherin, die ihren Mann leidenschaftlich liebt, aber nicht darüber hinwegkommt, daß bei ihm der heilige Rauch der Fiktion einer mehr temperierten Wärme Platz gemacht hat. Schließlich hat sie den ungeliebten Einfall, ihren trosten Hötter auf einen verrückten Dichter eifersüchtig zu machen; nachdem ihr das gelungen ist, ohne daß „das Wunderbare“ sich auf diesem etwas gemachten Wege eingestellt hätte, erstickt sie sich und der Dichter stürzt sich vom Balken herab. Das alles sind ganz interessante Variationen über uralte Themen, aber ein Drama ist das nicht. Die vier Akte Gespräche zwischen drei Personen wirken auswendig, lange wird dieser Spießing der Saison sich nicht auf dem Spielplan halten.

Auguste Kubin, der französische Bildhauer, ist, wie dem „S. M.“ aus Paris gemeldet wird, wahrscheinlich wegen beginnender Paralyse in einer Heilanstalt untergebracht. — Diese Nachricht wird nicht verfehlen, in allen Kunstkreisen lebhafteste Teilnahme hervorzurufen.

Ein neues Lustspieltheater in Berlin will der Direktor des Passage-Theaters Theodor Rosenfeld auf seiner heutigen, der Varieteekunst gewidmeten Bühne einrichten. Das Theater wird den Namen Linden-Theater erhalten und

am 1. September eröffnet werden. Es soll den modernen Schwanz, das Lustspiel und die Woffe pflegen.

Eine Nachahmung der Bajazzo. Im Pariser Nouveau-Theater hatte Capouls und Camondos Oper: „Der Clown“ kürzlich wegen der vorzüglichen Darstellung der weiblichen Hauptrolle, einer fohetten Vorgitaktischen durch die Brasilianerin Geraldine Farar Erfolg. Der Clown ist letztlich wie mittelalt eine Nachahmung der Reconnaisance Preisoper. Der Versuch analog der Charpentierschen Louise Pariser Volkstänzen und Straßencruse zu deuten, interessierte wieder lebhaft.

Der Doktorstitel der Berner Universität, der bisher in Preußen amtlich nicht anerkannt wurde, soll nach neuen Vereinbarungen unter gewissen Bedingungen auch in Deutschland anerkannt werden. Nach der neuen Vereinbarung fordert Bern künftig von den Deutschen als Bedingung der Zulassung zur philosophischen Doktorprüfung das Vorliegen einer neunstufigen höheren Lehranstalt oder ein schwedischer entsprechendes Naturum. Nach einem einstimmigen und von der Regierung gezeichneten Beschluß der Fakultät kann jedoch von dieser Bestimmung befreit werden, wer eine hervorragende Dissertation einreicht. Die bisherigen Promotoren werden anerkannt. Somit bleibt Bern in der Lage, selbständig Ausnahmen zu machen, die freilich eine gewisse Zahl nicht übersteigen sollen.

Ein neues Museum für Altertümer in Rom ist in Anwesenheit italienischer Würdenträger und vieler Gelehrter am Ende der vorigen Woche bei dem Botanischen Garten eröffnet worden. Wertvolle Antiquitäten, die bei der Ueberfüllung des Capitol-Museums dort keinen Platz finden konnten, haben in diesem kleinen Museum eine höchst sorgfältige und geschmackvolle Aufstellung erhalten; zu den hervorragenden Werken gehören einige große Kolossalstatuen, die Jagdfiguren darstellen und bei Santa Bibbiana als Boden eines prächtigen Saales gefunden worden waren. Unter den Werken der Plastik ragt besonders eine Perseusgruppe hervor, die während der Arbeiten an dem Cuirial-Tunnel ausgegraben wurde. Ueberhaupt haben besonders die Ausgrabungen gerade der letzten Jahre hier Platz gefunden. Das Museum liegt mitten in einem herrlichen, hünenreichen Garten und wunderschön sind die alten Sarkophage unter den Blütenbeeten aufgestellt, über die sich grünendes Laub neigt.

Arbeiterbewegungen.

Wiesbaden, 8. Mai. Die hiesigen Maurer sind heute in den Kassen abgetreten. Sie verlangen einen Minimallohn von 48 Pfg. pro Stunde für jeden über 23 Jahre alten Arbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit.

S. H. Hamburg, 2. Mai. In dem Wahlrechts-Krawall-Prozess, der seit Mittwoch voriger Woche das hiesige Schlichteramt beschäftigt, ist die Beweisaufnahme mit der Erwähnung heute zu Ende gegangen, so daß morgen die Plädoyers ihren Anfang nehmen werden u. das Urteil für Freitag zu erwarten steht. An den Plädoyers werden sich der Erste Staatsanwalt Treumann, der Staatsanwalt Hollender, sowie die fünf Verteidiger der Angeklagten beteiligen. — Bei der großen Anzahl der ihnen vorgelegten Schuldfragen werden die Geschworenen voraussichtlich erst nach längerer Beratung zu einem Wahrbruch gelangen.

Kassel, 2. Mai. Steinmetzen, Schriftbender, Schleifer und Marmorarbeiter der hiesigen Grabstein-Marmorgrube sind in den Kassen abgetreten.

Paris, 2. Mai. In Lens sind 3541 Bergarbeiter ausständig, 18786 arbeiten.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Karlsruhe, 3. Mai. (Von unserem Karlsruhe Bureau.) Der dem bad. Landtag zugegangene Entwurf eines Gesetzes, betr. die Diäten der Landtagsabgeordneten hat folgenden Wortlaut: 1. Dem Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Februar 1874, die Diäten und Reisekosten der Landtagsabgeordneten betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 85), wird der folgende zweite Satz beigelegt: „Denjenigen Abgeordneten, welche ihren Wohnsitz in Karlsruhe haben erhalten während ihrer Anwesenheit der Ständerversammlung eine Tagesgebühr von sechs Mark.“ — 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Beginn der gegenwärtigen Sitzungsperiode der Ständerversammlung in Wirksamkeit.

Berlin, 3. Mai. Die „Nordb. Zig.“ schreibt: Der Kaiser sandte an den Reichskanzler Fürsten Bismarck als Geburtstagsgeschenk eine Vase aus Porzellan und sagte seinen Besuch im Reichskanzlerpalais für den späten Nachmittag an.

Hagen, 3. Mai. (Amst.) Bei der Ausfahrt des Güterzuges 7268 fuhr der Güterzug Nr. 6817, der das Einfahrtssignal überfahren hatte, ihm in die Flanke. 2 Maschinen und 18 Wagen sind entgleist und zum Teil nur leicht beschädigt. Ein Bremser und ein Heizer sind verletzt.

Düsseldorf, 3. Mai. Der Kaiser nahm heute Vormittag auf dem Truppenübungsplatz weitere Truppenbesichtigungen vor. — Wien, 3. Mai. Erzherzog Rainer ist wegen hohen Alters vom Oberkommando der österreichischen Landwehr zurückgetreten.

Der Ministerpräsidenten-Wechsel in Oesterreich.

Wien, 3. Mai. Der Kaiser empfing heute vormittag den bisherigen Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautschi in Audienz und übergab ihm sein Bild mit seiner Unterschrift in kostbarem Rahmen.

Wien, 3. Mai. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den scheidenden Ministerpräsidenten Freiherrn v. Gautschi, das in den schmeichelhaftesten Ausdrücken angefaßt ist. Der Kaiser spricht dann Gautschi seinen warmsten Dank aus, verpflichtet ihn steter Huld und beachtet sich vor, ihn wieder im Staatsdienste zu verwenden. — Gleichzeitig wird ein kaiserliches Handschreiben an den scheidenden Minister des Innern Grafen von Saldani-Belldi veröffentlicht, dem der Kaiser ebenfalls seinen warmsten Dank ausspricht und dessen Verwendung im Amte er sich ebenfalls vorbehält.

Die ungarischen Reichstagswahlen.

Wien, 2. Mai. Wie jetzt sind 557 Wahlen entschieden; hiervon entfallen auf die Volkspartei 115 Mandate, auf die die Verfassungspartei 65, die Sozialisten 27, Partei 11, die Nationalisten 23, die Sozialisten 1, die Demokraten 2, die neue Partei 1; zwei Neuwahlen und zehn Stichwahlen sind erforderlich. Im Ribandner Wahlbezirk, wo die Anhänger der Volkspartei und der Unabhängigkeitspartei das ausgerückte Militär mit Steinen bewarf, gab das Militär Schußfeuer, wodurch zwei Personen getötet und drei lebensgefährlich verletzt wurden; die Wöl wurde hingerichtet. In Komad wurden Hufaren und Gewarman mit Steinen beworfen; die Hufaren unternahm einen Sturm auf die Menge, wodurch mehrere Personen getötet wurden.

Wittes Rücktritt.

Petersburg, 2. Mai. Die Kaiserin hat dem Antrag der Kaiserin Wittes auf Entlassung; sein Name ist in der Kaiserin Wittes. Wittes' Rücktritt ist dem Kaiserin Wittes' Rücktritt. Wittes' Rücktritt ist dem Kaiserin Wittes' Rücktritt.

Eleg der Reaktion zu erblicken, da Goremilins Anschauung dem heutigen Bittes verwandt sei.

Petersburg, 3. Mai. Wie das Blatt „Rjesch“ bestimmt zu melden weiß, soll Goremilins als Nachfolger Wittes an die Spitze des neu zu bildenden Kabinetts treten. Das Portefeuille des Innern erhalte der bisherige Gouverneur von Sibirien, Stolypin, das der Justizverwaltung der ehemalige Oberprokurator des Senates und gegenwärtige Departementschef im Justizressort, Professor Gutschegolitsow. Es bestehe die Absicht, auch einige Mitglieder der Kadettenpartei in das neue Kabinett zu berufen. Das Kabinett aber nur, wie das Blatt schreibt, wie wenig die leitenden Persönlichkeiten die Sachlage erörtern, da die Kadettenpartei mit Männern wie Goremilins und Stolypin nicht zusammengehen werde.

Petersburg, 3. Mai. (Petersb. Tel.-Ag.) Mehrere Blätter melden, daß auch der Minister des Innern, Durnawo seine Entlassung eingereicht habe. Amlich wurde jedoch darüber noch nichts bekannt gegeben.

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 2. Mai. (Petersb. Tel.-Ag.) Den ausländischen Berichten, die im letzten Kriege deßhalb Verwendung in der Nordkaukasus-Armee in den russischen Staatsdienst aufgenommen wurden, ist gestattet worden, bis zum 14. Juli 1906 in ihren Stellungen zu verbleiben.

Warschau, 3. Mai. Während der heutigen Wahlen zur Reichsbürgerversammlung explodierte vor dem Hause, in dem die Wahlhandlung vorgenommen wurde, eine Bombe. Die Panzer wurden zertrümmert. Verletzt wurde niemand.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 8. Mai.

Am Bundesratliche Graf Cosobowski. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten über die Ausweisung russischer Staatsangehöriger aus Berlin.

Auf eine Anfrage des Präsidenten erklärt Staatssekretär Graf Cosobowski: Die Frage der Ausweisung unterliege allerdings der Beaufsichtigung durch das Reich. Die darauf bezüglichen Bestimmungen der Verfassung hätten aber nur provisorischen Charakter, solange sie nicht durch besondere Vorschriften näher ausgefüllt seien. Die Einzelstaaten stellten alle ihre Befugnisse und Rechte völlig aufrecht. Die Voraussetzung auf den neuen Handelsvertrag sei verfehlt. Das Niederlassungs- und Ausreiserecht hätten lediglich die deutschen Reichsangehörigen. Die von den formellen Gründen lehne der Reichskanzler die materielle Verantwortung der Interpellation ab, abgesehen davon, daß die Reichsverwaltung außer Stande sei, die einzelnen Ausweisungsfälle nachsprüfen.

Am Antrag Singers, der durch das Zentrum und die Antifemiten genügend unterstützt wird, findet die Besprechung der Interpellation statt.

Deler erklärt die ablehnende Antwort des Reichskanzlers für eine Heringschüsselung des Reichstages. Die Polizei habe in einem konstitutionellen Staat noch die Stellung der absoluten Könige und sage: „Gar tel est notre bon plaisir“, wenn sie den als lästig ausgewiesenen Ausländern keinerlei Gründe angibt. In Preußen behandle man die Russen besonders schlecht, aus Sachlen und Bayern hört man nichts. Die Sozialdemokraten hätten die russischen Gefinnungsgenossen mit Mitteln versehen, um Deutschland schnell zu verlassen. Die Berliner Polizei habe recht zahlreich harmlose Leute ohne Grund ausgewiesen, darunter einen Millionär, einen Holzindustriellen, einen Geh. Hofrat, während doch die Polizei sich sonst nicht an reichen Leuten vergreife. Keinen der hierher geschickten russischen jüdischen Arbeiter sei Lohnstraferei nachzuweisen. Unteren rheinischen Schloßbaronen aber habe die Polizei gestattet, 10 000 galizische Arbeiter einzuführen, zu dem außerordentlichen Zwecke, die Löhne herabzudrücken. Die Polizei scheine eine jüdische Freude an dem Ruin von Christen zu haben, denn viele der ausgewiesenen seien in gefährlichen Stellungen und hätten genügend Vermögen. Man bräuche ein Fremdenrecht, das der Polizeiwillkür ein Ende setze.

Berlin, 3. Mai. Die Steuerkommission des Reichstages beendete heute die Beratung der Reichsfinanzreform und vertagte sich bis zum 9. Mai.

Platz, Hesse und Umebung.

Campertheim, 3. Mai. Von einem großen Unglücksfall wurde gestern die Familie des Landwirts Tramer heimgerufen. Während des Kartoffelhebens kehrte das 4jährige Mädchen auf das Vorderrad des Pfluges und fiel nach dem Pferd. Dieses jag an und das Kind kam unter das Rad, wodurch ihm über den Hals ging, so daß der Kleine tot weggetragen wurde.

Frankfurt, 2. Mai. Die Anklage gegen den verhafteten „Millionär“ Peter Winkler ist nunmehr wegen Betrugs und Urkundenfälschung erhoben worden. Termin zur Hauptverhandlung ist noch nicht angesetzt, da von der Verteidigung der Antrag gestellt worden ist, Winkler auf seinen Weirgeszuan zu unruhigen. Die Verteidigung ist nämlich der Ansicht, daß Winkler an Wachsenwohrt leidet. Der Gerichtsarzt und ein hiesiger Nervenarzt werden die Untersuchung vornehmen.

Lindau, 1. Mai. Neben der Ermordung der Frau Spiegel ist mitzutheilen, daß in den Tänden des Kindes ein Schädelknochen gefunden wurde, auf dem die Buchstaben GAR zu lesen sind. Auch der Mageninhalt wies Schädelknochen auf. Ferner fand die Polizei am Tatort ein weißes Käsestück mit Initialen, das dem Kindes nicht gebräut haben kann. An der Bräut war, wie bereits gemeldet, die Wils heraufgeschritten und lag daneben. An ihr fehlte ein Stückchen, das abgeschlitten war. Am Stückchen befindet sich nicht vor. Dagegen liegt die Vermutung nahe, daß die Tat mit Oberländer zusammenhängt. Für Auffindung des Mörders haben die hiesigen Behörden 200 Mark, die Angehörigen 200 Mark und die bayerische Regierung 500 Mark Belohnung ausgesetzt. Es wird daran erinnert, daß am 10. August 1905 in Solothurn ein Kind auf ähnliche Weise umgebracht wurde. Auch dort hefte der Kopf in der Acherhöfchen, der Leib war von gelbter Haut aufgeschlitten und Blutspuren waren fast keine zu finden. — Die Staatsanwaltschaft erzählt ein Kufschreiben, wann als mutmaßlicher Täter ein Mann in Wehrda kommt, der von dem Verstorbenen heiratet, der in dem Restaurant des umseit der Wirtshaus liegenden Hotels „Gabelts“ wohnt, beobachtet wurde. Feid sah, daß gegen 12 1/2 Uhr mittags ein Mann mit einem siebenjährigen Mädchen — nach der Beschreibung Frau Siegel — vorüberging, daß das Mädchen etwa drei bis vier Jahre älter als der Mann war und daß dieser, während er unruhig fortwährend um sich sah, das Mädchen offenbar an sich zu locken suchte. Nach den Angaben des Feid ist dieser Mann 35 bis 40 Jahre alt, gut mittelgroß und kräftig, hat schwarze Haare und Schnurbart, trägt dunkelbraunen Anzug und schwarzen Hosen (Hosen). Sachdienliche Mitteilungen sind sofort an die Staatsanwaltschaft Rempten oder die Schatzmannschaft Lindau zu richten.

Volkswirtschaft.

Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenmarkt. (Bericht von Gebharder Stern, Völkische Zeit.) Dortmund, 1. Mai.

Am Kohlenkohlenmarkt war die Stimmung in der abgelaufenen Berichtswache wenig einseitig. Die Nachfrage für einzelne schwere Werte führte zwar zunächst zu weiteren Preiserhöhungen, die aber im weiteren Verlaufe der Woche gänzlich wieder verloren gingen. Nur in ganz wenigen Papieren konnten sich die höchsten Kurse annähernd behaupten.

Auf dem Braunkohlenmarkt konnten sich die Steigerungen in unermindelter Weise bei lebhaftem Geschäft fortsetzen. Hedberggrube erreichte einen Preis von M. 83.000, Sträßl von M. 11.500 und Donatus von M. 13.000.

Der Salzkohlemarkt war während der ganzen Woche vernachlässigt, und die Umsätze auf den einzelnen Gebieten beschränkten sich auf ein Mindestmaß. Von Ausdehnungen waren für Alexanderhall bei M. 9850, Karlsfund bei etwa M. 12.000, Würbach bei M. 14.900, Wilhelmshall bei M. 15.000 und Wintershall bei M. 14.700 einige Käufer am Markt.

Der Erzmarkt lag insofern, als die Preise für Brauneisenerze ihren Steigerung bis M. 1850 fort, ihnen schlossen sich Blei an, die in erheblichen Mengen bis M. 260 aufgenommen wurden.

n. Mannheimer Produktenbörse. Die schwächeren Auslandsberichte wirkten auch auf den hiesigen Markt verstimmend und ist die Tendenz für alle Getreidearten, mit Ausnahme von Hafer, ruhiger. Die Preise des hiesigen offiziellen Kursblattes zeigen nur unwesentliche Veränderungen.

Die Badische Feuerversicherungs-Gesellschaft, Karlsruhe, schlägt die Verteilung von 4 Proz. vor (in den Vorjahren 0).

Die Stadt Ludwigshafen a. Rh. vergibt eine Anleihe von 3.870.000 M. Angebote von Banken sind bis zum 15. Mai einzusenden.

Badische Baumwoll-Spinnerei und Weberei A.-G., Rentel. Im 1905 ergibt sich nach M. 29.000 (i. V. 80.928) Abschreibungen ein Betriebsergebnis von M. 89.650 und nach Heranziehung von M. 20.185 Vortrag und M. 90.000 aus dem Dispositionsfonds ein Reiner Gewinn von M. 494, der vorgetragen wird (i. V. einschließl. M. 7.998 Vortrag M. 49.184 Gewinn, wovon 4 Proz. Dividende auf die Vorkursaktien verteilt wurden).

Unwerte A.-G., Frankenthal (Pfalz). Eine am 10. Mai stattfindende Generalversammlung soll über den Export von Kieselsteinen und die Erhöhung des Grundkapitals beschließen.

Soz. Wirtschaftl. Holz-Handlungs-Gesellschaft. Die Gesellschaft für deren Generalversammlung der Antrag auf Verkauf der Liquidation gestellt war, ergab sich in 1905 bei M. 200.000 Grundkapital nach M. 18.087 (M. 14.010) Abschreibungen einen Reingewinn von M. 148 (M. 1082), jedoch auch diesmal wie in den vorangegangenen 5 Jahren eine Dividende nicht zur Verteilung kommen kann.

Der Verband Deutscher Eisenwaren-Händler E. W. Mainz hält seine Generalversammlung vom 24. bis 27. Mai d. J. in Berlin ab und verbindet mit dieser wiederum eine Ausstellung von Artikeln der Eisenwaren- und Haus- und Küchengerätebranche, für die bereits 150 Fabrikanten ihre Beteiligung angemeldet haben.

Neue Börse, Frankfurt a. M. In der Generalversammlung der Vereinigung der Börsen-Anteilhaber wurde beschlossen, von dem zum M. 80.000 betragenden Uberschusse für 1905 8 Proz. Stufen (wie 1904) auszugeben und etwa M. 42.000 zur Amortisation von Anteilscheinen zu verwenden.

Die Niederheinische Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Düsseldorf beruft eine Hauptversammlung ein, die über die Erhöhung des Aktienkapitals auf 750.000 M. und über die Ausgabe von Schuldbriefen im Betrage von 200.000 M. zu beschließen soll.

Rhenania, Versicherungs-Aktiengesellschaft in Köln. Der Aufsichtsrat beschloß, der Sammelversammlung vorzuschlagen, aus dem für das Rechnungsjahr 1905 879.182 M. (i. V. 845.585 M.) betragenden Uberschusse 75.000 M. (i. V. 50.000 M.) der Sonderzulage zuzuführen, 210.000 M. (200.000 M.) gleich 105 M. (100 M.) auf die Aktie als Dividende zu verteilen und nach Verteilung der Gewinnanteile mit 52.940 M. (i. V. 57.028 M.) und Aufhebung von 10.000 M. (10.474 M.) Beschlüssen den Rest mit 31.842 M. (28.088 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Vereinigtes Chemische Fabriken A.-G., Schweinfurt. Das Unternehmen, eine Gründung der früheren Aktiengesellschaft für Treberproduktion in Kassel, dessen Aktien und Aktien mit sämtlichen Anteilen der unter der Firma „Chemische Fabriken Frankfurt a. D. W. m. b. H.“ bestehenden Fabrik-Niederlassung sich im Besitze der „Chemie“, Verein Chemischer Fabriken in Jena und Marienburg, befinden, verzeichnet für 1905 einen Gewinn von M. 52.054, wovon M. 8000 der Reserve übersteigen, M. 46.054 zu Abschreibungen bemacht und M. 3000 vorgetragen werden. (Im vorigen Jahre waren umfassenden Geschäftsjahre hatte das Gewinne und Verluste

konten einen Reingewinn von M. 2098 ausgewiesen ohne andere Bezeichnung der Einnahmen (sowohl wie der Ausgaben.)

Diskontermäßigung der Reichsbank. Wie man hört, wäre die Reichsbank mit einer Diskont-Ermäßigung gern schon jetzt vorgegangen, doch dürfte sie wahrscheinlich im Hinblick auf den wenig befriedigenden Ausweis und vor allem angesichts der weiter sehr hohen Devisenkurse damit warten, bis der nächste Ausweis veröffentlicht wird, also bis zum 9. d. Mts.

Die Stadt Mülhausen i. G. beschloß den Ankauf der Mülhausener Elektrizitätswerke für 8.450.000 M. Zur Deckung der Ankaufskosten soll eine Anleihe von 7 Millionen Mark aufgenommen werden.

Aktiengesellschaft für Feinmehlwerk vorm. Jetter u. Scherer in Tuttlingen. Der Reingewinn pro 1905 beträgt nach 105.254 M. (i. V. 100.151 M.) Abschreibungen 400.814 (348.700) M. Der Aufsichtsrat schlägt vor, eine Dividende von 9 Proz. (i. V. 8 Proz.) zu verteilen.

Wiederholter Bergwerks-Aktienverein. Das Jahr 1905 schloß der „Bla. Sig.“ zufolge bei Abschreibungen in Höhe von 63.490 Mark (54.885 M.) mit einem Verlust von 61.881 M. (19.994 M.) 247.248 M. Verlust. Der Betriebsergebnis stellte sich auf 149.358 Mark (i. V. 182.777 M. Betriebsergebnis), wozu noch 50.253 M. Reineinnahmen hinzukamen. Am 12. April d. J. wurden die Werksanlagen von einem schweren Schmelzfeuer betroffen, was einen Material- und Sachschaden nach vorläufiger Schätzung von etwa 140.000 M. brachte. Gebäude, Materialien und Maschinen waren vertrieben.

Der Stadtwerksverband hat beschlossen, die Preise für Holz und Kohle um je M. 5 zu erhöhen. Die Erhöhung tritt für Holz ab dem ersten Quartal und für Kohle im dritten Quartal in Kraft.

Stellungseinstellung. In der Rasse der in Konstanz gefertigten Kleiderfabrik J. B. u. Steinhard in M. Waldbach liegen 25 Prozent.

Der englische Ledermarkt. Der Geschäftsverkehr auf dem Ledermarkt war in der letzten Zeit mäßig; es wurden nur wenig umfangreiche Posten umgesetzt, da die Schuhfabriken noch von älteren Schäften her eingebadet sind. Auf der Welle zu Leeds entwickelte sich dagegen lebhaftes Geschäft. Die Preise sind für alle Sorten sehr fest. Auch auf dem Rohhäutmarkt herrscht sehr feste Stimmung für alle Häutgattungen.

Telegramme. Frankfurt, 8. Mai. Die chemische Fabrik Friedhelm „Elektron“ schlägt wie im Vorjahre 12 Prozent Dividende vor.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse vom 8. Mai.

Table with multiple columns listing various commodities like wheat, oil, and sugar with their respective prices and market status.

Getreide mit Ausnahme von Hafer ruhiger. Oesterreichisches Petroleum notiert bis auf Weiteres in Österreich M. 17.80, in Belgien (Barrel) M. 21.10 per 100 kg netto netto ab diesem Lager.

Mannheimer Effektenbörse vom 8. Mai. (Offizieller Bericht)

Table listing stock market prices for various companies and sectors, including banks, insurance, and industrial firms.

Obligationen

Table listing bond prices for various issuers and denominations, including municipal and industrial bonds.

Die Börse war heute etwas ruhiger. Es notierten: Chem. Fabrik Goldenberg, Winkel 188.20 G. Verein chem. Fabriken 284 G. Mannheimer Versicherungs-Aktien 550 G. 587 G. Süddeutsche 127 G. 129 G. und Zellulosefabrik Waldhof 320 G. Der Kurs der neuen 8 1/2 Proz. Reichsanleihe und Franz. Konsols, welche hier erstmals notierten, stellte sich auf 100,10 Prozent.

Frankfurter Effektenbörse.

(Telegraphische Telegramme des General-Anzeigers.) Frankfurt, 8. Mai. (Börsenbörse.) Trotz aller Sorge über die weitere Gestaltung des Geldmarktes und die andauernden Schwankungen an der New-Yorker Börse kam heute bei Eröffnung der Börse feste Grundstimmung zum Durchbruch. Hauptächlich war es die zuverlässige Lage in den Industriebezirken, sowie auch die günstige Marktlage des Kohlen- und Eisenmarktes, welche das Geschäft belebte. Rentenwerte wurden höher bezahlt. Bankaktien ruhig und teilweise fester. Bahnen wenig beachtet. Prince Henri fest auf das Plus der 3. April-Debit. Baltimore and Ohio und amerikanische Bahnen mäßig fester. Schiffahrtsaktien belebt und höher. Industriewerte gut behauptet. Inländische Fonds still und schwächer. Von ausländischen Werten Russen schwächer auf den zu erwartenden Rücktritt Witten. Im weiteren Verlaufe trat schwächere Tendenz ein. Die Erhöhung des Diskonts der Bank von England auf 4 pCt. bestimmte. Eine Erleichterung des Geldmarktes dürfte hiermit für die nächste Zeit nicht zu erwarten sein. Es trat neue Unlust im Geschäft ein. Banken schwächer. Der Rentenmarkt behauptete den Kursstand. Die Börse schloß bei schwächerer Tendenz. Nachbörslisch notierten Kreditanleihe 217,50, Diskonts 187,60 zu 40, Handelsgesellschaft 171,70 zu 40, Baltimore and Ohio 108,50 zu 30 zu 20.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table showing exchange rates for various locations like London, Paris, and Hamburg.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table listing prices for German government securities and bonds.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table listing prices for shares of various industrial companies.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing prices for bank and insurance company shares.

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Vorkamer, Suderns) and Price. Includes various types of flour and other goods.

Table titled 'Kisten deutscher und ausländischer Transport-Anschaften.' with columns for destination (e.g., Subw. Verbacher, Wfllg. Marbach) and price.

Table titled 'Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen.' listing various financial instruments and their values.

Table titled 'Frankfurt a. M., 3. Mai.' listing various commodities and their prices.

Text block containing market news and prices for various goods, including flour and oil.

Berliner Effektenbörse.

Main text block for the Berlin stock market report, discussing market conditions and specific stock prices.

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including titles like 'Russennoten', 'Kombanzen', etc.

Text block providing additional market information and prices for various commodities.

Londoner Effektenbörse.

Table listing various financial instruments and their prices, including titles like '3% Reichsanleihe', '4% Consols', etc.

Berliner Produktenbörse.

Text block providing market news and prices for various agricultural products.

Text block discussing market conditions for various goods, including flour and oil.

Table titled 'Paris, 3. Mai. (Telegramm.)' listing various commodities and their prices.

Table titled 'Liverpool, 3. Mai.' listing various commodities and their prices.

Table titled 'Wien, 3. Mai.' listing various commodities and their prices.

Aus Stadt und Land.

Main text block for the 'Aus Stadt und Land' section, containing local news and reports.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Text block containing local news and reports, including mentions of various events and activities.

Advertisement for Galop-Creme Pilo shoe polish, featuring an image of a shoe and text describing the product.

